

# FORUM

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der  
Sozialistischen  
Alternative  
Vorab

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 179 April 1996

## Sozialabbau und kommunale Kürzungen

Wenn ein SPD-Politiker (könnte auch CDU, FDP, PDS oder Grüner sein) sagt, daß die Schwimmhallen zu teuer sind, so meint er nicht die Eintrittspreise, sondern die Schwimmhalle an sich. Und was zu teuer ist, muß weg.

Museen? Zu teuer - weg. Arbeitsplätze in der Verwaltung? Zu teuer - weg. Stadtbücherei? zu teuer - weg. Jugendzentrum, Altenbetreuung, Frauenhäuser? Alles zu teuer, weg, weg, weg.

„Das Gute an 1996 ist, daß es besser ist als 1997 sein wird.“ sagt Franz Josef Antwerpes, der Kölner Regierungspräsident. „Die Leute müssen wissen: es geht jetzt ans Eingemachte - und das ohne Zucker.“

Mit dem Eingemachten meint Antwerpes nicht die Geldanlagen der Supereichen, sondern den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung. Als Regierungspräsident sorgt er mit dafür, daß die Kommunen Sparhaushalte zu unseren Lasten verabschieden.

### Finanznot

Die Gemeinden waren Ende 1994 mit 182 Milliarden DM verschuldet. Ein Grund sind die geringeren Steuereinnahmen auf allen staatlichen Ebenen durch die schlechte Wirtschaftslage. So erhalten die Kommunen weniger Zuweisungen von Land und Bund. Die Gewerbesteuer-einnahmen gehen zurück, auch, weil sich immer mehr Betriebe durch allerlei Tricks (besonders die Großbetriebe) dieser Steuerpflicht entziehen.

Ein weiterer Grund ist die Umverteilungspolitik der Bundesregierung, die die Kommunalausgaben belastet. Beispiele:

- Die Sozialhilfe muß von den Gemeinden getragen werden (54 Milliarden in 1995) und die Politik der Bundesregierung sorgt mit für immer mehr Sozialhilfempfänger, z. B. durch die Verkürzung des Arbeitslosenhilfbezugs.

- Das Recht auf einen Kindergartenplatz wurde von Bonn beschlossen ohne die Gemeinden, die es umsetzen müssen, entsprechenden Finanzmittel zu geben.

- Mit der Privatisierung der Bundesbahn wurden die Kosten für Instandhaltung von Eisenbahnrücklagen auf die Gemeinden abgewälzt.

Weitere Umverteilungsmantöver sind in Planung: die Abschaffung der Gewerbesteuer, Steuerpflicht für kommunale Betriebe.

An der Verschuldung verdienen sich die Banken eine goldene Nase. Allein von den Kommunen strichen sie 1995 5,5 Milliarden DM an Zinsen

# Statt sparen bei den Armen - streichen bei den Reichen!



Berliner Kita-Streik 1990: Im Kampf gegen die Sparpolitik der Städte und Gemeinden haben Beschäftigte und die Bezieher und die Nutzer kommunale Dienstleistungen die gleichen Interessen.

ein.

Wenn auch die Ursachen der kommunalen Finanzmisere im chaotischen Wirtschaftssystem und den schlechten staatlichen Rahmenbedingungen zu suchen sind, so gibt es doch auch „hausgemachte“ Gründe.

### Verschwendung

So leisten sich trotz Finanznot die Gemeinden immer noch großzügige Gehälter für kommunale Spitzenbeamte - während bei der Masse der Beschäft-

igten in der Kommunalverwaltung „Verschlankung“ und Lohnverzicht angesagt ist, was die öffentlichen Dienstleistungen auch für die Bürger verschlechtert. Sogenannte Verwaltungsreformen wie Budgetierung und die Auflösung von zentralen Querschnitts-Ämtern führen nur dazu, daß statt einem zentralen Wasserkopf jetzt dutzende konkurrierend an der Spitze jedes Dezernats/Magistrats entstehen.

Auch haben viele Gemeinden immer noch Prestigeobjekte in

Planung, die die Kassen belasten und nur privaten Planungsbüros, Investoren und Unternehmern nützen.

Trotz Gebührenerhöhungen leisten sich die kommunalen Unternehmen große Aufsichtsräte zur Versorgung von Parteien und allen Privilegien als Beigabe.

### Privatisierung

Häufig wurden kommunale Aufgaben gleich an Private an-

gegeben, wie z. B. die Abfallentsorgung. Die Folge: das private Abfallgeschäft boomt, die Gemeinden müssen oft bestimmen Abfallmengen garantieren, denn in der Marktwirtschaft muß der Umsatz stimmen; vermeiden die Bürger zu umweltbewußt Müll, zahlt die Kommune drauf. Die Gebühren steigen ins Unermeßliche.

Vielorts sind parallel zur Schließung oder Versteuerung von öffentlichen Schwimmbädern sogenannt „Spaßbäder“ privater Investoren entstanden.

Wenig späßig sind dort die Eintrittspreise. Eine Familie mit Kindern kann sich diesen Spaß selbst bei mittleren Einkommen nur selten leisten.

### Widerstand

Auch manche Kommunalpolitiker jammern über die Finanzlage und verweisen auf die Wirtschaftslage und Bonn. Doch in der Praxis beugen sie sich den so geschaffenen „Sachzwängen“ und reichen die Lasten an die Bevölkerung weiter. Die von Kürzungen Betroffenen können sich nicht auf die Politiker verlassen, sondern müssen sich selbst organisieren. Dabei dürfen wir uns auch nicht gegeneinander ausspielen lassen, nach dem Motto: entweder Kindergärten oder Kultur. Deswegen ist es nötig, den Widerstand zu vernetzen und gemeinsam mit den Gewerkschaften, vor allem der OTV, eine breiten Bewegung gegen Sozialabbau und kommunale Kürzungen aufzubauen, um den Politikern Druck zu machen.

Öffentliche Dienstleistungen, soziale und kulturelle Einrichtungen sind finanzierbar, wenn endlich eine andere Art der Verteilung stattfindet: die von oben nach unten. Schluß mit Prestigeprojekten und überhöhten Managergehältern. Der Kampf um die Milliarden, die Bonn den Kommunen geklaut hat, kann durch gemeinsame Widerstand der Gemeinden geführt werden. Die Kohlrage- rung soll sich das Geld von den Unternehmen und Banken holen, statt sie mit Steuerleichterungen zu beschenken und der Steuerflucht zuzusehen. ■

Jetzt ist aber Feierabend! Demo in Bonn, 28. April!



## Unser Standpunkte

# NRW= Giftrosa-blaßgrün

Er es noch immer jooftjeange – können sich die rheinischen Provinzen in der NRW-SPD auf die Schenkel klopfen, nachdem sie die Grünen erfolgreich vorführt haben. Koalitionsvertrag? Interessiert nicht. Arbeitsplätze durch Flug- und Straßenpisten sind angesagt. Warum nicht durch Mittel für den öffentlichen Nahverkehr? Die SPD kann doch nicht die Proleten bequemer zum Arbeitsamt kutschieren, solange die Geschäftsreisenden auf dem Dortmund Flughafen keine schönen Abfertigungsschalter haben.

Warum hat die SPD diese Koalition überhaupt geschlossen? Nach zwanzig Jahren Alleinregierung würde es doch sehr schwer fallen, die Pfänder mit einer großen Partei zu teilen. Anders mit den Grünen: für zwei Ministerien und 8 Millionen Mark für sogenannte „grüne Projekte“ (bei einem Haushaltsvolumen von 87 Milliarden) sind sie weitaus billiger zu haben. Wie billig, daß zeigte sich bei der

Koalitionskrise.

„Wir verlangen ja gar nicht, daß die SPD sich wandelt. Wir wollen nur, daß sie wieder so wird, wie sie vor 8 Monaten war.“ und „Die Politik der Knackpunkte betreiben nicht wir, sondern die SPD“ – so begründete Strätmann als Sprecher der Ausstiegsgewerter die Haltung der Kleinen Minderheit der Delegierten beim grünen Sonderparteitag in Hamm, wenigstens an den minimalen Zugeständnissen im Koalitionsvertrag festzuhalten.

Aber die Oberrealos aus Land und Bund wollten nicht mit Fakten irritiert werden. „Wer glaubt, daß wir 100 Prozent grüne Programmatik durchsetzen könnten, der hätte diese Koalition gar nicht erst schließen dürfen“, polemisierte plat die vermeintlich linke Fischer-Stellvertreterin Kerstin Müller, und natürlich – die Bonner Option darf nicht gefährdet werden. Die Koalitionskrise in NRW zeigt auf seitens der SPD, wie dreist die moderni-

sens von jugendlichen Neonazis überfallen. Das ist genauso wenig ein Ausdruck von mangelnder Aufnahmefähigkeit wie die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock. Diese waren Folge der Antisyl-Kampagne der CDU/CSU. Die gestrigen Brandstifter saßen und sitzen nach wie vor in Bonn. Lafontaine ist einer von ihnen.

Abgesehen davon sehen die Fakten anders aus: so zählen hier arbeitende Ausstiedler zum Beispiel mehr in die Rentenkassen ein, als andere Ausstiedler erhalten. Und der Anstieg der Massenerbeitslosigkeit hat wahrhaftig nichts mit dem Zurzug von 100 000 Ausstiedlern mehr oder weniger zu tun, sondern mit der Profitgier deutscher Konzerne, die Rieseengewinne einfahren und gleichzeitig Arbeitsplätze abbauen und weniger Steuern zahlen. Seit

## Lafontaines Linksruck

der faktischen Abschaffung des Asylrechts haben wir schließlich auch nicht weniger, sondern mehr Arbeitslose. Lafontaine will in erster Linie davon ablenken, daß seine SPD auch keine Antworten auf die drängenden Probleme von Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut hat und in den Ländern und Kommunen (und über den Bundesrat) längst an Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst beteiligt ist.

Nur ein Vergleich: 200 Milliarden gehen Jahr für Jahr durch Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung und Korruption verloren, 700 Milliarden haben die Banken und Großkonzerne auf der hohen Kante, über 130 Millionen kosten die Bundestagsabgeordneten im Jahr – an dieses Geld müssen wir ran.

## Nichts zu lachen

SPD und Grüne haben sich im Bundestag teilweise über den Vorstoß der Bundesregierung lustig gemacht, die Vermengung von Bundeswehrosoldaten strenger zu bestrafen. Doch der Vorschlag von Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig (FDP), Wehratzersitzer bei den Hammelbeinen zu packen, ist überhaupt nicht lustig. Wer künftige „Soldaten in Beziehung auf ihren Dienst in einer Weise vernünftiger, die geeignet ist, das Ansehen der Bundeswehr in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen“, soll „mit Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren bestraft werden.“

Diese Reaktion der Bundesregierung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, welches das Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“ nicht grundsätzlich als Beleidigung ansieht, ist ein weiterer Vorstoß zur Ausbelebung demokratischer Rechte.

## Kriegserklärungs

Kinkel, Kanher und Kohl reden von einer „Kriegserklärung“ der Kurden gegen den Rechtsstaat. Eine Kriegserklärung des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung können oder wollen sie trotz tausender zerstörter Dörfer, 20 000 Toter und mehrerer hunderttausend Menschen auf der Flucht nicht sehen. Die BRD unterstützt die türkische Regierung weiterhin mit Geld und Waffen. Der kurdische Protest auf deutschen Straßen und gegen deutsche Politiker ist daher voll und ganz berechtigt.

Was immer man von der politischen Linie und Taktik der PKK halten mag, sie ist keine „terroristische Organisation“ (Kant her), sondern eine Massenorganisation. Die deutliche Mehrheit der KurdInnen unterstützt die PKK, bis zu 200 000 Menschen waren in den letzten Jahren bei

sieren Betonbauer wie Clement, Matthesen oder auch Automann Schroder ihre Giftzähne zeigen können, ohne daß sich in der SPD-Landesverbänden der geringste Widerstand von der Basis regt.

Auf Seiten der Grünen zeigte sich, wie schnell ein vor kurzem noch als „fundamentalistisch“ bezeichneter Landesverband umfällt, sobald er an die Regierungsverantwortung kommt; wie nebensächlich sowohl den Realos als auch den sogenannten Linken die Inhalte geworden sind, wo es doch um die Machtperspektive in Disseldorf und Bonn geht. Beide Parteien sind auf ihrem Weg ein gutes Stück weitergekommen, die SPD zu mehr schwarzer Politik, die Grünen zur blaßgrün lackierten FDP. Und so gesehen passen sie dann doch wieder ganz gut zusammen. Nur inwiefern sie eine Alternative zur derzeitigen Bonner Regierung sein sollen, bleibt ihr Geheimnis.

schaftlichen Interessen), mit Mord hat das nichts zu tun, wer was anderes meint, geht in den Bau.

Auch Tucholsky ging es nicht um die Beschimpfung der einzelnen Soldaten, sondern darum aufzudecken, wozu die Kriegsmaschinerie dient. Über den I. Weltkrieg schrieb er 1931 in der „Weltbühne“:

„Die Feldgendarmen sperrten den Kriegsschauplatz nicht nur von hinten nach vorn ab. Der Kriegsschauplatz war auch von vorn nach hinten abgesperrt... Der Feldgendarm wachte darüber, daß vorne richtig gestorben wurde...“

Da gab es vier Jahre lang ganze Quadramellen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder...“

len um den ersten Preis als Verteidiger von Recht und Ordnung.

Gleichzeitig können die Polizeibeamtlinge schon einmal ausgeweitet und neue Polizeitaktiken getestet werden – für die Zeit, in der auch größere Teile der deutschen Bevölkerung gegen die sozialen Mißstände stärker aufmucken. Die KurdInnen sind dafür ideal: im offenen Feldversuch kann der Polizeistaat getestet werden und nur wenige Regen sich darüber auf. Jetzt wird das Demonstrationsrecht, nicht „nur“ für KurdInnen, erneut verschärft.

Das Verbot der kurdischen Organisationen dient zur Ausbelebung der demokratischen Rechte aller Menschen in diesem Land. Es ist an der Zeit, daß zum Beispiel die Gewerkschaften dies endlich wahrnehmen und dagegen aktiv werden.



Kurdische Demonstration

## Wer schützt uns vor dieser Polizei?

Nach der verbotenen Großdemonstration in Dortmund vom 16. März haben Parteien und Medien eine neue Heißkampagne gegen die PKK und die kurdische Bevölkerung losgetreten. Die CDU will das Ausländerrecht verschärfen, BILD titelte: „Kurden-Terror. Schützt endlich unsere Polizei!“. Doch wer hat wirklich randalliert am 16. März?

Augenzeugen berichten: „Mit viel Glück hatten wir eine Gruppe von Kurden und Deutschen, es geschah, uns an den Polizeikontrollen vorbei in die Dortmund Innenstadt zu bewegen. Dort schlossen wir uns einer Demo durch die Fußgängerzone an, die schnell auf 1500 Leute anwuchs, darunter viele Familien mit Kindern. Aber mit dieser friedlichen Demonstration konnte es nicht lange gutgehen. Nach einer Viertelstunde waren wir von mehreren Hundertschaften Polizei in voller Kampfmontur eingekesselt. Damit begann eine sinnlos lange Zermürbungsstaktik der Polizei. Erst hieß es, man würde eine Abschlubkündigung zulassen, wenn die Demonstranten sich friedlich verhalten, dann wurde wieder durchgesagt, die Kundgebung sei und bleibe verboten.“

Auf einmal zog die Polizei ihre Fahrzeuge zurück, die Teil der Umzingelung waren, und ließ ihre Fußtruppen vorrücken. Dabei wurden auch Schlagstöcke eingesetzt. Es kam zur Gegenwehr von seiten der KurdInnen, die Polizisten, die brutal in die Menge knüppelten, wurden mit Steinen zurückgetrieben. Daraufhin entschied sich die Einsatzleitung offensichtlich, daß weiteres gewalttätiges Vorgehen zu riskant wäre und ließ nach einer Durchsichtung aller Teilnehmer eine Abschlubkündigung zu. Damit wurde ein Teilerfolg erzielt, konnte die Polizei doch das Demonstrations-Verbot nicht voll durchsetzen. Daß es in der Dortmund Fußgängerzone relativ friedlich blieb, ist gewiß nicht der Polizei zu verdanken. Die kurdischen Demonstranten wollten eine friedliche Demonstration, um ihre politischen Ziele zu erklären. Auf verkehrte Weise hat BILD recht: Die Polizisten werden tatsächlich verheizt, für die politischen Interessen von Kohl und Kanher. Doch während die zwei Beamten, die von Kurden am Grenzübergang Emmertich verprügelt wurden, tagelang in den Medien gezeigt werden, spricht keiner von den über 300 verletzten Demonstranten, von denen einige am Dortmund Hauptbahnhof von Beamten eines Sonderinsatzkommandos regelrecht zusammengeschlagen wurden, obwohl nichts gemacht haben.“



Newroz-Feiern 1995. Vor einem Jahr verließen sie friedlich Damals standen noch keine Landtagswahlen bevor

## „Die Gewalttäter haben ihr Gastrecht in unserem Land verspielt.“

(Kant her, Herzog, SPD-Präsident)

Es war einmal ein Gastgeber, dem wurde ein Gast einguarthiert, der Haus und Familie durch Brandstiftung verloren hatte. Der Gastgeber hatte Benzin und Feuerzeug dafür geliefert. Als nun der Gast sich darüber beschwerte, fiel der Gastgeber über ihn her, hielt ihm den Mund zu und die Hände fest und verbat ihm, seine Meinung zu äußern. Der Gast wehrte sich und schlug um sich. Daraufhin lieferte der Gastgeber ihn an die Brandstifter aus.



# Ladenschluss Jetzt ist aber Feierabend!

Im Zuge der fortschreitenden Flexibilisierungs-Offensive von Unternehmen und Regierung sollen nun endlich auch die „Fesseln“ des Ladenschlusses fallen. Gegen dieses Vorhaben planen HBV und DAG einen Marsch auf Bonn am 28. April, an dem sich auch möglichst viele Arbeitnehmer anderer Branchen beteiligen sollten. Denn mit dem Sturm auf den Ladenschluss sollen die Voraussetzungen für weitere Flexibilisierungsmaßnahmen in anderen Branchen geschaffen werden.

**Sandra Umlau, HBV-Mitglied, Stuttgart**

Das Ifo-Institut hat im Auftrag des Wirtschaftsministeriums eine Untersuchung durchgeführt: 65 Prozent der Verbraucher sind mit den jetzigen Ladenöffnungszeiten zufrieden, knapp 60 Prozent der Einzelhandelsbetriebe wollen eine

Beibehaltung der bisherigen Regelung.

Dennoch kommen Rexrodt und Ifo zu dem Ergebnis, daß der „alte Zopf“ Ladenschluß endgültig abzuschneiden ist. Wahrscheinlicher ist jedoch eine Kohlrasur, die bereits mit dem langen Donnerstag angefangen hat und mit der Abschaffung des freien Sonntagsenden wird.

Das Ifo-Institut verspricht eine Umsatzsteigerung von 20 Milliarden sowie 50 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die Einführung seit Einführung des langen Donnerstag zeigt das Gegenteil. Seit 1992 sind weit über 100 000 Vollzeitarbeitsplätze in Westdeutschland abgebaut worden. Und daß der Umsatz im Einzelhandel von der vorhandenen Kaufkraft abhängt, liegt auf der Hand # und die ist in den vergangenen Jahren alles andere als gestiegen.

Eine Änderung der Ladenöffnungszeiten hat aber auch Nachteile für die Verbraucher:

Durch die Verdrängung kleiner, wohlgeleitener Läden verschlechtern sich Angebot und Versorgung. Außerdem führen flexiblere Öffnungszeiten zu höheren Betriebskosten. Damit steigen die Preise im Einzelhandel.

## Schwerstarbeit

Am meisten betroffen sind natürlich die 2,3 Millionen Beschäftigten. Dort zu arbeiten bedeutet ungünstige Arbeitszeiten, körperliche Schwerarbeit und hohe psychische Belastungen. Kasserierinnen müssen stündlich bis zu 250 kg Waren bewegen. Und das bei Einkommen, die weit hinter denen anderer Branchen liegen.

Für die Abendöffnung werden verstärkt Ausleihkräfte eingestellt. Diese müssen oft auf Abrufen arbeiten, verdienen noch weniger, haben schlechtere Arbeitsbedingungen, keine soziale Absicherung und keinen Kündigungsschutz.

# Drei Länder wählen Wahlen sagen immer weniger

Der Ausgang der drei Landtagswahlen sei „der Beweis, daß es mit der SPD wieder aufwärts geht“, so Oskar Lafontaine in der Pressekonferenz nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Und: „Ich fühle mich mitverantwortlich, daß die Krise der SPD im letzten Jahr überwunden wurde.“

Man fragt sich, ob Lafontaine zwischenzeitlich vom Rinderwahnsinn befallen wurde. Denn die Wahlen dokumentieren nicht den Aufstieg, sondern den weiteren Niedergang der SPD.

**Angela Banker, Köln**

250.000 WählerInnen verlor die SPD in Baden-Württemberg, die Hälfte an Nichtwähler – und fuhr ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis ein, ebenso wie die Berliner SPD in der Großen Koalition. Von den Wahlkreisen konnte die SPD nur Mannheim I halten, die CDU holte 69 von 70 Direktmandaten. In Schleswig-Holstein landete die SPD mit einem Verlust von 6,4 Prozentpunkten wieder auf dem Niveau der 60er Jahre. In Rheinland-Pfalz verlor sie 5 Prozent, unter den Jungwählern gar 15 Prozent, und in ihrer Hochburg Ludwigshafen 9,5 Prozent. Dies ist typisch für alle drei Wahlen: unter Jugendlichen und Arbeitern verlor die SPD am stärksten, und wurde hier im Südwesten sogar von der CDU überrollt.

Wenn das Wahlfortschreiten sind, wie sehen dann Niederlagen aus? Ebenso katastrophal war das Ergebnis der OB-Stichwahlen in Bayern am gleichen Tag, wo mit Nürnberg, Fühn und Augsburg drei weitere ehemalige Hochburgen geschleift wurden.

## Opposition?

SPD-Politiker wanderten sich, daß die SPD dieses Mal nicht von dem üblichen Opposi-

tions-Bonus bei Landtagswahlen zur Halbzeit profitierte. Welche Opposition auch? Infas analysierte:

„Daß sich die Lebensverhältnisse in den vergangenen Jahren eher verschlechtert hatten, entsprach der Erfahrung der meisten Wahlbürger. In dieser Situation wurden nicht die Bonner Regierungsparteien halbtier gemacht, vielmehr die SPD abgestraft, deren Oppositionsarbeit von 64 Prozent als ungenügend bewertet wurde. Somit entfielen die Voraussetzungen für den früher bei Zwischenwahlen oft beobachteten Oppositionseffekt.“

Dafür gab es den schon länger bekannten Effekt: „Lieber gleich das Original wählen.“ Von der Alternativlosigkeit und politischen Ratlosigkeit profitierte vor allem die Rechte.



die konservative Anhänger besser mobilisierte und einen Teil zu taktischem Wählen ermunterte. Die Wahlbeteiligung lag nur geringfügig unter der vorhergehenden, was vor allem auf das Konto von CDU und FDP ging. Die FDP profitierte von den Zweitstimmen von CDU-Wählern. Die „Kurden Krawalle“ konnten durch massive Polizeirepression mit Leichtigkeit erzeugt werden – der Termin der Newroz-Feiern stand ebenso fest wie der Wahltermin. Und daß anschließend alle „Abschiebung“ schreiben und die CDU sich als die Hüterin von Recht und Ordnung aufspielen kann, war

ebenso vorher einkalkulierbar. **Rassismus** Wenig Beachtung fand allgemein das Ergebnis der Rechtsextemen: In Baden-Württemberg 430.000 Stimmen, in Rheinland-Pfalz von 43.000 auf 71.000 hochgeschwollen und in Schleswig-Holstein zwar mit 4,3 Prozent draußen, aber immer noch 64.000 Stimmen – dies zeigt die nach wie vor vorhandene Bedrohung und eine Festigung ihres Wahlerpotentials. Auch dies dank Schützenhilfe der SPD.

Die Anti-Aussiedler-Kampagne (siehe auch Seite 2) war nicht nur Wasser auf die Mühlen der Nazis und Reaktionen, was allein schon schlimm genug ist. Sie hatte auch eine demoralisierende Wirkung auf viele linke SPD-Anhänger, dokumentierte sie doch die Verkommenheit der SPD-Spitze auch nach dem Führungswechsel. Die CDU hat mit dem ihr eigenen Zynismus in dieser Wunde gebohrt, indem sie der SPD in weiten Teilen genau dieselben Argumente entgegenhielt, die Linke gegen die Anti-Flüchtlingekampagne in den letzten 3-4 Jahren verwendeten. Selbst denjenigen WählerInnen, die einen Zuzugstop für Aussiedler unterstützen, signalisierte die demagogische Art der Kampagne: die SPD hat keine Antworten auf die drängenden Fragen, sonst hätte dies

Schließlich führt die Verlangung des Ladenschlusses zur weiteren Verschiebung der Arbeitszeit in die Abendstunden. Baruf, Freizeit und soziale Kontakte unter einen Hut zu bringen.

## Schwerstarbeit

Am meisten betroffen sind natürlich die 2,3 Millionen Beschäftigten. Dort zu arbeiten bedeutet ungünstige Arbeitszeiten, körperliche Schwerarbeit und hohe psychische Belastungen. Kasserierinnen müssen stündlich bis zu 250 kg Waren bewegen. Und das bei Einkommen, die weit hinter denen anderer Branchen liegen.

Für die Abendöffnung werden verstärkt Ausleihkräfte eingestellt. Diese müssen oft auf Abrufen arbeiten, verdienen noch weniger, haben schlechtere Arbeitsbedingungen, keine soziale Absicherung und keinen Kündigungsschutz.



HBVler im Streik: Bei den Tarifverhandlungen der letzten Jahre zeigte sich große Kampfbereitschaft.

# Bundesweite Demo gegen Sozialabbau

In vielen Städten regt sich der Widerstand gegen Sozialpolitik. Der Verband der Kriegsopfer hat für den Fall von Rentenkürzungen einen „Marsch auf Bonn“ angekündigt. Schüler und Studenten protestieren gegen Kürzungen bei der Bildung. BaföG-Verzinsung und Studiengebühren.

Um den Widerstand zusammenzufassen, ruft ein Bündnis von Studentenvertretungen, Arbeitsloseninitiativen, politischen Organisationsverbänden und SchülerInnenverbänden zu einer bundesweiten Demonstration gegen Sozialabbau am 15. Juni in Bonn.

## Zeit zum Angreifen

Die Regierungsparteien haben durch diesen Wahlausgang erstmalig Raum gewonnen: Die FDP ist gestärkt, die Möglichkeit von vorgezogenen Neuwahlen ist vom Tisch, die Verhältnisse im Bundesrat sind für die SPD wackeliger geworden (Wenn es in Schleswig-Holstein zu einer SPD/FDP-Koalition kommen sollte, ist die SPD-Mehrheit im Bundesrat weg.)

Kabinett und Kapital haben jetzt einhalb Jahre ohne wichtige Wahlen vor sich. Die werden sie nutzen. Viele soziale Schwereiten waren vor den Wahlen ebenso verdrängt worden wie Offenlegung der Waigelschen Haushaltsbücher. Schon zwei Tage nach den Wahlen deutete Kohl an, daß noch vor der Sommerpause wichtige Gesetzesvorhaben in Sachen Sozialabbau und Staatsfinanzen durchgepackt werden sollen, er werde dann auch im Bundesrat „kämpfisch dafür eintreten.“ Die „Staddeutsche Zeitung“ kommentierte: „Wer genau hinört, der kann hören, daß Kohl langsam Abschied von seiner Politik der runden Tische.“ (26. 3. 96)

Nicht nur die Regierung, auch die Unternehmerverbände fühlen sich ernütert, jetzt verstärkt zur

gen, wird für die Beschäftigten dann noch schwieriger. Das Arbeitsplatz-Argument wird von Arbeitgebern und Politikern immer wieder so ausgelegt, daß bei flexiblen Öffnungszeiten Frauen mit Kindern endlich auch einen Teilzeitjob finden können. Es ist diskriminierend und zynisch, wie die Notituation von Frauen, die mangels Kinderbetreuung nur abends und am Wochenende arbeiten können, als ihr eigener Wunsch ausgegeben wird.

Die Großdemonstration am 28. April in Bonn kann nur der Anfang sein. Die Gewerkschaftsführung muß der neuen Flexibilisierungs-Offensive entschiedenen Widerstand entgegensetzen, und

zwar unter Einsatz aller Kampfmittel bis hin zum bundesweiten Flächenstreik. Dafür müssen wir von der Basis her Druck machen. **Keine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten – ohne wenn und aber!**

- ★ Nein zur Flexibilisierung im Unternehmensinteresse
- ★ 30-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gemeinsamer Kampf gegen die Flexibilisierungsoffensive im Dienstleistungsbereich von HBV und ÖTV, unterstützt von allen DGB-Gewerkschaften

# Bundesweite Demo gegen Sozialabbau

In vielen Städten regt sich der Widerstand gegen Sozialpolitik. Der Verband der Kriegsopfer hat für den Fall von Rentenkürzungen einen „Marsch auf Bonn“ angekündigt. Schüler und Studenten protestieren gegen Kürzungen bei der Bildung. BaföG-Verzinsung und Studiengebühren.

Um den Widerstand zusammenzufassen, ruft ein Bündnis von Studentenvertretungen, Arbeitsloseninitiativen, politischen Organisationsverbänden und SchülerInnenverbänden zu einer bundesweiten Demonstration gegen Sozialabbau am 15. Juni in Bonn.

## Aufruf

zur bundesweiten Demonstration am 15. Juni 1996 in Bonn

1. Keine Kürzungen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Renten und Löhnen.
2. Keine Kürzungen bei Berufshilfe, Hochschulen und Schulbildung.
3. Nein zu BaföG-Verzinsung und Studiengebühren.
4. Keine Elitebildung.
5. Keine Kürzungen im Gesundheitswesen, in sozialen und kulturellen Bereichen.
5. Weg mit allen Sondergesetzen gegen Flüchtlings- und MigrantInnen.

Sache zu gehen. Die gewerkschaftlichen Zugeständnisse beim „Bündnis für Arbeit“ reißen ihnen nicht, sie wollen die komplette Demontage tariflicher und sozialer Standards. Dabei können sie leicht zu weit gehen und die Stimmung bei der Masse der Bevölkerung falsch einschätzen. Denn der Wahlausgang ist nicht gleichzusetzen mit einem gesellschaftlichen Rechtsruck. Wegen der mangelnden parteipolitischen Alternative auf Wahlbene wi-

6. Bedarfsorientierte soziale Mindestsicherung und menschenwürdige, bezahlbare Wohnungen für alle.
  7. Für weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
  8. Qualifizierende Ausbildung und Übernahme in den erlernten Beruf.
  9. Gleiche Rechte für alle!
- Wir haben die Schnauze voll – wir wehren uns alle gemeinsam!

**Ulf Petersen, SAV Köln**

derspiegeln. Wahlen immer weniger die tatsächlich brodelnde Unzufriedenheit in breiten Schichten. In Frankreich errangen die Konservativen auf parlamentarischer Ebene bei den letzten Wahlen sogar eine 2/3-Mehrheit. Dennoch waren sie im vergangenen Dezember mit der größten Massenbewegung seit 1968 konfrontiert. Sorgen wir dafür, daß die Vergänglichkeit von Wahlerfolgen kennenzulernen.



# Bauindustrie Gemeinsamer Kampf für gleichen Löhnen

Vor dem Hintergrund von Massenentlassungen und Pleiten im Bausektor verhandeln Gewerkschaft und Bauunternehmer über einen Mindestlohn für ausländische Bauarbeiter. Die Tarifverhandlungen scheiterten und gingen in die Schlichtung. Bei Redaktionschluss war noch unklar, wie sich der Konflikt entwickelt. Die IG BAU hatte erste Warnstreiks durchgeführt.

**Claus Ludwig, Köln**

Die IG BAU fordert einen Mindeststundenlohn von 19,58 DM für EU-Arbeitnehmer auf deutschen Baustellen. Wenn die Arbeitgeber dem zustimmen, würde das „Entsendegesetz“ wirksam werden, welches dann auch ausländische Arbeitgeber zur Zahlung dieses Tariflohnes verpflichten würde. Dieser würde leicht über der letzten tariflichen Lohngruppe für Hilfskräfte (18,23 DM) liegen.

Die Arbeitgeber zieren sich aus zwei Gründen. Erstens versuchen die Bauarbeiter, die Angst vor der Arbeitslosigkeit zur Festsetzung eines niedrigen Mindestlohns zu nutzen. Damit könnte die IG BAU leichter zu Lohnsenkungen auch für heimische Bauarbeiter gezwungen werden.

Für andere Arbeitgeberbände ist der Mindestlohn selbst das Problem, unabhängig von der Höhe. Damit wäre ein Beispiel geschaffen. Die unteren Tarifgruppen in der Textilbranche liegen bei 13 DM, wenn die Kollegen dort erst auf die Idee kommen, Löhne in Höhe der Bau-Mindestlöhne zu fordern, haben ihre Chefs ein Problem.

Der Vorstoß von Arbeitgeber-Präsident Murrmann, 15 DM als Stundenlohn vorzuschlagen, ist

ein Hinweis, daß Teile der Unternehmer bereit sind, einen Mindestlohn zu akzeptieren, andererseits dies dazu nutzen wollen, die Löhne weiter zu

senken. Sie spielt mit dem Feuer. Der IG BAU-Vorsitzende Wlaschewski redet davon, daß es bei 300.000 arbeitlose Bauarbeiter aber 300.000 ausländische Bau-

arbeiter gäbe. Er sagt es zwar nicht, aber läßt zumindest offen, daß die ausländischen Arbeitskräfte das Problem sind. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Dyckerhoff & Widmann, Sattler, meine laut SPIEGEL: „Irgendwann können wir die Leute nicht mehr zurückhalten, dann geht der Krieg los.“

Dazu kommt, daß der geforderte Mindestlohn die Probleme nicht lösen wird. Schon die Lohnnebenkosten für deutsche Firmen führen dazu, daß Arbeiter aus anderen EU-Ländern weiterhin günstiger sind. Die großen Baukonzerne werden weiterhin ihre Belegschaften verkleinern und mehr Aufgaben



Die IG BAU darf nicht Hilfspolizist bei Razzien gegen illegale Arbeiter spielen, sondern muß die ausländischen Kollegen unterstützen und organisieren, um die Kampfkraft der Bauarbeiter insgesamt zu stärken.

drücken. Die Forderung der IG BAU nach einem Mindestlohn für ausländische Kollegen ist ein richtiger Schritt, wobei ein Sondertarif problematisch ist. Besser wäre die Durchsetzung der normalen Tarife.

Doch durch diesen Mindestlohn würde das Lohndumping für die Unternehmer erschwert. Die IG BAU-Kollegen brauchen in dieser Tarifauseinandersetzung Unterstützung.

## Nationalismus?

Das Vorgehen der IG BAU-Führung ist nicht unproblematisch.

Arbeiter gäbe. Er sagt es zwar nicht, aber läßt zumindest offen, daß die ausländischen Arbeitskräfte das Problem sind. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Dyckerhoff & Widmann, Sattler, meine laut SPIEGEL: „Irgendwann können wir die Leute nicht mehr zurückhalten, dann geht der Krieg los.“

Arbeiter gemeinsam kämpfen können, trägt, gewollt oder ungewollt, dazu bei, daß die Spannungen zwischen Arbeitern verschiedener Nationalität größer werden.

## Gemeinsamer Kampf

Unter dem Motto „Bekämpfung von illegaler Beschäftigung“ helfen IG BAU-Vertreter der Polizei bei Razzien auf Baustellen, um illegale Arbeiter aufzufingern. Die Bosse kommen dabei oft mit geringen Geldstrafen davon während die Arbeiter häufig abgeschoben werden. Das durch die Razzien geschaffene Klima der Angst führt dazu, daß die Illegalen noch mehr von ihren Bossen abhängig sind und schlechtere Bedingungen akzeptieren. Ein gemeinsamer Kampf wird so erschwert.

Die Razzien auf den Baustellen richten sich nur gegen die Arbeiter, sie müssen aufhören! Die IG BAU muß dafür eintreten, daß keine Bauarbeiter abgeschoben werden.

## Stellenabbau und Privatisierung im öffentlichen Dienst

# Konsequente Gegenwehr organisieren

Interview mit dem Personalratsvorsitzenden Rudolf Schulz – Sport- und Bäderamt der Stadt Frankfurt – und Spitzenkandidaten der Angewandten Gewerkschaft im Mai 1996 der Stadt Frankfurt am Main. Das Gespräch führte Dirk Bosmann.

**Voran: Was werden Deine Arbeitsschwerpunkte in der Personalratsarbeit sein?**

Schulz: Wir brauchen heute mehr denn je eine starke Gewerkschaft und kämpferische Personalräte im Kampf gegen den Stellenabbau des Allpartei-En-Magistrat aus CDU/SPD/Grüne, und damit Abbau von Dienstleistungen, gegen verstärkte Arbeitshetze und Privatisierungen.

Die Beschäftigten des Sport- und Badaamtes kämpfen kompromisslos gegen jeden Versuch der Privatisierung. Die Bäder sollen von einer GmbH betrieben werden. Hier standen wir allerdings alleine da, wir hatten keine Unterstützung von der ÖTV-Kreisverwaltung und dem Gesamtpersonalrat.

Anderer Bereiche wurden privatisiert, wie die Stadtwerke

und das Amt für Abfallsektoren. Die ÖTV leistete keine Gegenwehr und verhandelte Überleitungsverträge. Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack, wenn dann der ÖTV-Verhandlungsführer und Gewerkschaftssekretär den Posten des Arbeitsdirektors bei den Stadtwerken erhält. Dieser peinlicher Akt ist dann noch steigerrungsfähig, wenn das jährliche Gehalt von 360.000 DM bekannt wird.

Leute werden zu Personalratsitzungen eingeladen. Und fünf-tens: In den Betrieben werden Projektgruppen eingerichtet, paritätisch besetzt mit Arbeitgeber und Arbeitnehmer – Personalrat bzw. ÖTV – eingerichtet. Diese Projektgruppen werden zu Entscheidungsgremien in den einzelnen Bereichen.

Aber darüberhinaus stehen wir heute an einem Punkt, wo wir alleine den Druck nicht aushalten und den Abwehrkampf führen. Wir müssen uns mit anderen fortschrittlichen Gewerkschaftsmitgliedern landesweit vernetzen.

**Was waren bei der Listenaufstellung für den Gesamtpersonalrat Deine Positionen?**

Kampf gegen Privatisierung und Stellenabbau, Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wir benötigen demokratische Strukturen in der ÖTV und in den Betrieben. Dies bedeutet meiner Meinung nach erstens: ÖTV-Arbeitskreise in den einzelnen Bereichen, die öffentlich für alle Beschäftigten sind und deren Sitzungen während der Arbeitszeit laufen. Zweitens: Die Kollegen/-innen wählen in ihren Bereichen ihre ÖTV-Vertrauensleute. Drittens: Der ÖTV-Vertrauensleutenkörper wählt seinen ÖTV-Vertrauensbeauftragten. Viertens: Vertreter der ÖTV-Vertrauens-

Da sprichst Du einen wichtigen Punkt an, der uns bei unserer täglichen Arbeit einholt. Das Personalvertragsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz sind die Arbeit enge Grenzen. Von hier werden keine revolutionären Impulse für die Veränderung unserer Gesellschaft ausgehen. Die Projektgruppen, paritätisch besetzt, sind auch nur eine Übergangsforderung. bis die Beschäftigten die Verwaltungen und Betrieben übernehmen. Die Arbeit in den ÖTV-Arbeitskreisen und Projektgruppen tragen aber dazu bei, den Widerstand zu organisieren und das Bewußtsein der Kolleginnen und Kollegen zu entwickeln.

an ausländische Subunternehmen vergeben. Dazu kommen die vielen illegalen Arbeitskräfte, die die Tarife weiter unterlaufen.

Mit der Auslagerung von Arbeiten an Subunternehmen hat sich der auch der Wirkungskreis der IG BAU eingengt. Sie hat kaum oder gar keine Anstrengungen gemacht, die neuen ausländischen Arbeitskräfte zu organisieren und für deren Interessen zu kämpfen. Sie vertritt in erster Linie die etwas besser qualifizierten und bezahlten Kernbelegschaften. Bestenfalls die deutschen Kollegen in den großen tarifgebundenen Firmen werden mobilisiert, um Druck auf die Unternehmer und Politiker auszuüben.

Auf vielen Baustellen hat es in den letzten Jahren spontane, „wilde“ Streiks gegeben. Oftmals konnten dadurch sogar Löhnerhöhungen erkämpft werden, zum Beispiel von britischen und polnischen Arbeitern in Berlin. Die IG BAU hat diese Bewegungen ignoriert, anstatt die Kampfkraft der ausländischen Kollegen mit ihrer Organisation zu verbinden.

Wie man es dreht und wendet: aus dem Dilemma der Billiglohn-Konkurrenz werden die hier lebenden Bauarbeiter nur herauskommen, wenn es gelingt, alle Bauarbeiter, ob EU-, Kontingent-Arbeiter aus Osteuropa oder illegale zu gemeinsamen Kämpfen zu mobilisieren. Die Gewerkschaft mußte sofort eine Aufklärungs- und Mobilisierungskampagne unter nicht-deutschen Kollegen führen und als ersten Schritt Material in allen notwendigen Sprachen herausgeben. Über den aktuellen Kampf für den Mindestlohn hinaus mußte die IG BAU eine Kampagne führen, daß der normale „deutsche“ Tarif für alle auf dem Boden der BRD tätigen Firmen gelten muß. Die Gewerkschaften brauchen widergehende Kontrollrechte darüber: Betriebe, die dagegen verstoßen, müssen enteignet und unter demokratischer Kontrolle in Gemeineigentum überführt werden.

Gleichzeitig sollte die IG BAU mit Bauarbeitergewerkschaften in ganz Europa Kontakt aufnehmen und klären, wie europaweit eine Kampagne für höhere Löhne im Bausektor geführt werden kann.

Wenn die Unternehmer uns in verschiedene Nationalitäten auseinanderdividieren wollen, kann dem nur der internationale Kampf der Arbeitnehmer entgegen gesetzt werden. ■



**Betriebsbesetzungen**

# Entlarzt die Bosse - bevor sie Euch entlassen

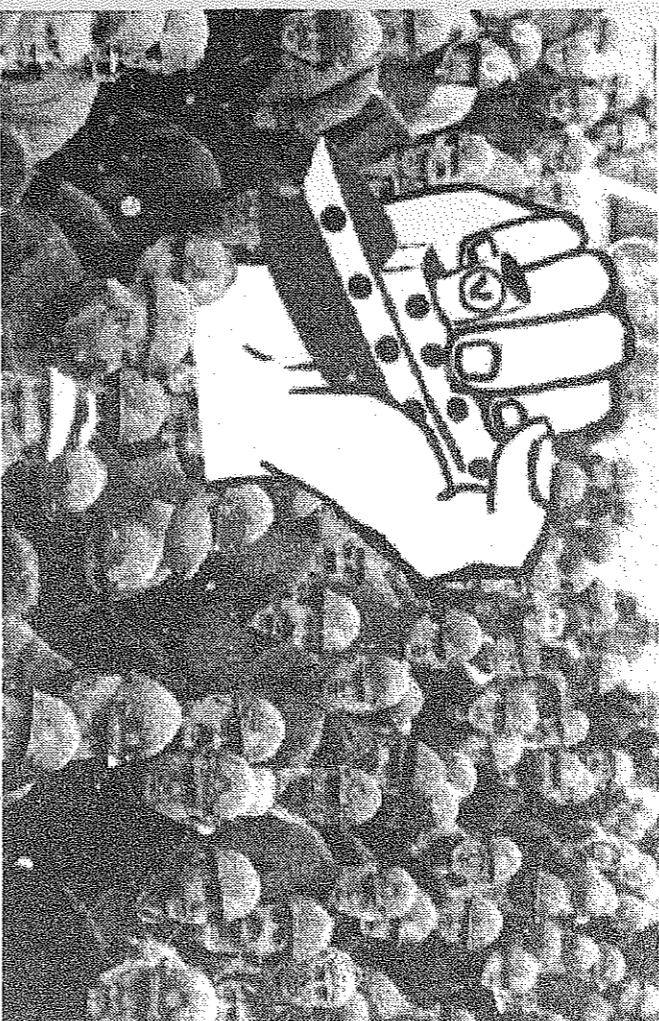
In Anbetracht von Massenentlassungen und Betriebs-schließungen, von gewerk-schaftlichem Co-Management und politischer Hilffo-sigkeit rückt das Kampfmittel der Betriebsbesetzungen wieder in der Vordergrund. Die größte Welle von Beset-

gen ausgesprochen worden. Der Betriebsrat hatte diesen wider-sprochen, die Kollegen fördern den Erhalt aller Arbeitsplätze. Im Werk Aschersleben war ein neuer Maschinentyp entwik-kelt worden, der die Basis für dessen Erhalt darstellt. Als sich Anzeichen verdichteten, daß dieses Know-how aus Aschers-leben abgezogen werden soll-ten, reagierte die Belegschaft mit der Besetzung. Ohne die neue Produktion wäre das Werk nur verlängerte Werkbank und würde spätestens in einem Jahr am Ende sein.

Die Kollegen sorgen mit der Besetzung dafür, daß nichts aus dem Werk verschwindet.

**Union/Germania, Chemnitz**

Seit dem 25. März ist Union in Chemnitz besetzt. Nachdem Ge-lände und Hallen durch die Mutterunternehmen Dörries Scharmann und Mikron AG verschleibt und neue Kredite im Gefolge der Vulkan-Krise von der Commerzbank verweigert wurden, ist Union Chem-nitz akut bedroht.



Demonstration in Bremerhaven: Um die Arbeitsplätze zu retten, muß der Kampf durch die Besetzung aller Vulkan-Betriebe intensiviert werden.

striess Rostock, einer Vulkan-Tochter, ein Erpressungspaket auf den Tisch gelegt hatte, wel-ches den Abbau von 60 Arbeits-plätzen und Lohnverluste um 20 Prozent vorsah. Bei Nicht-Zu-stimmung des Betriebsrates sollte der Betrieb geschlossen werden.

Um den Abtransport von Ma-terial und Unterlagen zu verhin-dern, haben die Kollegen den Betrieb besetzt. Die Geschäfts-leitung wird jedesmal durch-sucht, die Kollegen verraten diesen Leuten kein bißchen.

Das Ziel der Belegschaft ist der Erhalt aller Arbeitsplätze und die Schaffung neuer, wie ursprünglich geplant. Mit der Rund-um-die-Uhr-Besetzung soll auch Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. Als erster Schritt sind gemeinsame Aktio-nen mit anderen Belegschaften aus Chemnitz geplant, vor allem mit dem ebenfalls besetzten Ma-schinenbauer Germania.

Die steigende Zahl von Be-triebsbesetzungen zeigt, daß viele Belegschaften kampfbereit sind. Die Besetzungen zeigen, daß wir die Bosse nicht brau-

## Dörries

### Scharmann, Aschersleben

In Aschersleben (Sachsen-An-halt) droht die Schließung eines Werkes der Vulkan-Tochter Dörries Scharmann, 289 Ar-beitsplätze sind bedroht. Ange-sichts einer Arbeitslosenquote von 26 Prozent wäre dies eine Katastrophe für die Region. Obwohl es noch kein Konzept gibt, sind schon 108 Kindgün-

den nur, indem sie zusammen mit anderen Belegschaften durch Besetzung und Streik Druck entfalten.

**Dörries Scharmann, Aschersleben, BR-Vors. Jörg-Uwe Wolf, Tel. (0 34 73) 96 81 92, Fax (0 34 73) 96 83 07**

**\* Neptun TechnoProduct, BR-Vors. Heiko Reuter, Fax (04 71) 3 95 60**

**\* Union Sächsische Werk-zeugmaschinen GmbH Chem-nitz, BR-Vorsitzender Aurich, Tel. (03 71) 46 00 (Torauche) Fax (03 71) 41 04 79**

## NTP, Bremerhaven

„Ohne die Chefs läuft es bes-ser, das ist unsere Erfahrung. Die Kollegen arbeiten besser. Die Stimmung ist gut, wir kön-

nen jeder Belegschaft nur emp-fehlen, das auch auszuprobier-en.“ So der Betriebsratsvorsit-zende von Neptun TechnoPro-duct, Heiko Reuter, bei einer Sendung im Offenen Kanal Bre-merhaven.

Ende Februar hatte die Ge-schäftsleitung von Neptun Indu-

striess Rostock, einer Vulkan-Tochter, ein Erpressungspaket auf den Tisch gelegt hatte, wel-ches den Abbau von 60 Arbeits-plätzen und Lohnverluste um 20 Prozent vorsah. Bei Nicht-Zu-stimmung des Betriebsrates sollte der Betrieb geschlossen werden.

Die Kollegen entschlossen sich daraufhin zur „Norwobbe-setzung“. Sie halten die Produk-tion aufrecht und versuchen gleichzeitig, ein Konzept auszu-arbeiten, wie der Betrieb weiter-laufen kann.

Bis Ende März hatte die Ge-schäftsleitung geduldet. Dann wird es ernst: Wird das Alterna-tivkonzept des Betriebsrats nicht angenommen, soll der Be-

## Bündnis für Arbeit in der Textilindustrie

# Musterexemplar ohne Wert

Das Bündnis für Arbeit ist tot, sagt Arbeitgeberfunkti-onär Stumpe. Es lebe das Bündnis für Arbeit, antwortet unverdrossen die IGM, und verweist auf den Abschluß in

der Textilindustrie. Da sich in dieser Branche sowohl Ge-werkschaftsführung als auch Textilarbeitgeber einig sind, daß dies ein gelungenes Bei-spiel für das Bündnis für Ar-

## Bündnis für Arbeit schreitet voran

Bei der Telekom: Die Zahl der Arbeitsplät-ze ist 1995 um 15 000 auf 213 000 gefal-len. Bis 1999 sollen es nur noch 170 000 Beschäftigte sein.

Bei der Bahn AG: Vor der Privatisierung der Bundesbahn gab es noch 500 000 Be-schäftigte; derzeit liegt die Zahl bei 300 000. Der Aufsichtsratsvorsitzende Saß-mannhausen gab im März bekannt, daß bis zum Jahr 2000 noch einmal 100 000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen.

In der Chemieindustrie: Während die drei Chemie-Riesen Bayer, BASF und Hoechst-Rekordgewinne mit zweistelligen Zuwachs-raten erwirtschaften, geht der Arbeitsplatz-abbau weiter: BASF plus 27,1 Prozent auf 4,185 Milliarden vor Steuern. Bayer erziel-te 1995 das beste Ergebnis der Konzernge-schichte mit 2,4 Milliarden DM Gewinn und entließ 3800 Mitarbeiter. Hoechst stiel-gerte seinen Gewinn vor Steuern um 85

Prozent auf 4,1 Milliarden DM. An Reinge-winn verblieben 2,2 Milliarden, wovon 1 Mil-liarde als Dividende an die Aktionäre ausge-schüttet werden. Ohne die neu hinzugekauften Bereiche baute Hoechst im gleichen Zeitraum 16 000 Stellen ab.

Im Burda-Verlag: Im Offenburger ist die Burda-Belegschaft mit der Drohung der Betriebs-schließung erpreßt worden, 40 Millionen DM sollen die Arbeiter ihren Chefs schenken, mit 2 Stunden wöchentlicher unbezahlter Mehr-arbeit und 1200 DM monatlichen Einkom-mensverlusten. Der Betriebsrat aus IG Medi-ens-Mitgliedern hat, diesmal gegen die Ge-werkschaft, dieser Erpressung zugestimmt.

Bei Vessmann, Heizkesselbauer, Nordhessen Mit der Drohung von Verlagerung nach Tschechien sollen hier 4 Stunden unbezahlte Mehrarbeit wöchentlich erzwungen werden. Der Betriebsrat wird wahrscheinlich dieser 11-prozentigen Mehrarbeit zustimmen.

schafflicher Lage können die Lohnerrhöhung verwirklichen, wenn sie auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten

- Samstag als Regelarbeitstag

- in „schwierigen Bereichen“ kann auch sonntags gearbeitet werden

- bis zu 8 Überstunden pro Woche ohne Mehrarbeitszu-schläge

- von der tariflichen Arbeits-zeit (37 Stundenwoche im Tex-tilbereich) kann bis zu 130 Stunden im Jahr nach oben und unten abgewichen werden, nach unten ohne Lohnausgleich

- in Sachen Bündnis für Aus-bildung - ist an „die Schaffung einer gemeinsamen Einrichtung der Tarifpartner zur Verbesse-rung der Ausbildungsmöglich-keiten gedacht“

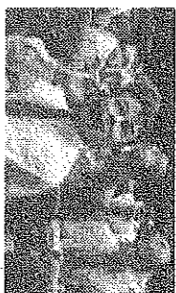
Fazit: Muster ohne Wert für die Arbeitnehmer.

Kein einziger Arbeitsplatz wird geschaffen, dafür aber er-kämpfte tarifliche Rechte abge-baut, Löhne und Arbeitszeit fast wie im Frühkapitalismus in das Betrieben der Unternehmer ge-

stellt. Das Gejammer der Ge-werkschaftsführung über Tarif-flucht kann man kann noch ernst nehmen, wenn sie selbst dazu beiträgt, daß Tarifverträge wie Schweizer Käse aussehen.

Das kampflose Zurückwei-chen ist eine Einladung an die Unternehmer, immer dristler zu werden: das haben Stumpe, Handt & Co. ganz richtig ver-standen.

Die Unternehmer haben härte-sten Klassenkampf angesagt. Dafür nehmen sie auch „ein bi-schen weniger sozialen Frie-den“ (Stumpe) in Kauf. Es wird Zeit, daß wir uns nicht weiter wie Lämmer zu Schlachtbank führen lassen, sondern mit dem Kapital fran-zösisch reden. Dazu brauchen wir klassenkämpferische Ge-werkschaften und keine Co-Ma-nager, die einträchtig mit Kohl und Kapital die Krise auf unse-rem Rücken austragen. Der er-ste Schritt ist der Aufbau einer innergewerkschaftlichen Oppo-sition gegen den Kurs der Ge-werkschaftsführung.



## Ihr da oben ...

### Commerzbank: Steuerbetrug

Die Bank an ihrer Seite - so die Eigenwerbung der Commerzbank - steht vor allem den Reichen hilfreich zur Seite. Bei Durchsuchun-gen der Commerzbank-Zen-trale und einiger Filialen be-schlagnahmte die Staatsan-waltschaft zahlreiche Unterlagen. Die Ermittler ge-hen davon aus, daß Kunden mit Hilfe der Bank ihre Gel-der nach Luxemburg und an-dere Steuerorsen verschob-en haben. Kurz danach gab der Vorstand der Commerz-bank bekannt, seit 1983 un-richtige Steuerklärungen abgege-ben zu haben. Erst-mals hat auch ein leitender Angestellter Anzeige wegen Behilte zur Steuerrückzie-lung gestellt. Schon im letz-ten Jahr fielen den Behörden Computerlisten eines Erpres-sers in die Hand, der 1600 Kunden mit Konten bei der Luxemburger Commerz-bank-Tochter Cisal aufge-listet hatte.

Die Commerzbank ist die führende Bank im Konsorti-um der Vulkan-Banken, die maßgeblich daran beteiligt ist, den Verbund an die Wand zu fahren. Von hilfrie-chem Beistand für die Vul-kan-Beschäftigten hat man noch nichts gehört.

## Keine Hängematte

„Die Sozialhilfe ist besser als ihr Ruf.“ Zu diesem Schluß kommt eine Lang-zeitstudie der Bremer Uni-versität, die der These vom „arbeitsscheuen Dückelberger“ in der sozialen Hängematte“ widerspricht. In die Sozial-hilfe gerät vor allem, wer sel-nen Arbeitsplatz verliert oder gar nicht erst einen findet, wer krank ist oder Kinder be-kommt. Eine halbe Million Menschen beziehen „über-gangweise Leistungen vom Sozialamt, weil andere Ver-sicherungsträger ihre Be-sicherungsträger nicht sicherstellen können. Sie alle wären gar nicht auf Sozi-alhilfe angewiesen, wenn es in dieser Gesellschaft Arbeit für jeden und eine anständige Existenzsicherung für die Wechselfälle des Lebens gäbe.“

Dennoch will Seehofer die Sozialhilfe drücken und den Abstand zu den unteren Lohngruppen auf 15 Prozent festschreiben. Dabei liegt eine Modellfamilie mit drei Kindern zugrunde, der gera-de vier Prozent der Empfän-gerhaushalte entsprechen, die zudem von einem einzi-gen Einkommen auf dem Ta-rifniveau des Einzelhandels und Gaststättengewebes lebt. Mit solchen Berechnun-gen soll die Sozialhilfe für alle gekürzt werden.

## Wir unten



# Wer wir sind

Die Sozialistische Alternative jede auf, selbst aktiv zu wer-  
 VORAN (SAV) wurde 1994 den und mit uns zu kämpfen.  
 von Aktiven aus Gewerk- Die SAV ist eine demokrati-  
 schaften, SPD, PDS, antisar- sche, marxistische Organisa-  
 sistischen Gruppen und Un- tion, die für die revolutionäre  
 organisierten gegründet. Wir Abschaffung des Kapitalis-  
 bauen mit der SAV eine neue, unabhängige Organi-  
 sation in der Arbeiterbewe- rung und für den Aufbau ei-  
 gung auf. Denn es gibt heute ner sozialistischen Demokra-  
 tie eintritt.  
 keine Partei, die konsequent Auf internationaler Ebene  
 für die Interessen der abhän- sind wir Mitglied im „Komi-  
 gigen Beschäftigten, Arbeitl- tee für eine Arbeiterinterna-  
 sen und Jugend kämpft. tionale“ (KAI), das sozialisti-  
 Wir wollen nicht stellvertre- sche Organisationen in 30  
 tend für andere aktiv sein, Ländern auf allen Kontinen-  
 sondern fordern jeden und ten umfaßt.

# Wofür wir kämpfen

**Arbeit und Ausbildung**  
 ★ Arbeit für alle  
 ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personal- ausgleich  
 ★ Mindestlohn von 2000 DM netto  
 ★ Gleicher Lohn in Ost und West  
 ★ Qualifizierte Ausbildungs- plätze und unbefristete Über- nahme im erlernten Beruf  
 ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre min- destens 1500 DM netto

**Wohnen**  
 ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoein- kommens  
 ★ Verbot von Maklerstät- tigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung  
 ★ Enteignung großer priva- ter Wohnungsbestände  
 ★ Öffentliches Wohnungs- bauprogramm von einer Mil- lion Wohnungen im Jahr

**Soziales**  
 ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und „Ergänzungsgabbe“  
 ★ Rücknahme aller Kürzun- gen der Kohl-Regierung  
 ★ Kostenloses staatliches Ge- sundheits- und Pflegesystem  
 ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen  
 ★ Bundeswehr  
 ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten  
 ★ Verstaatlichung der Rüs- tungsgüter und Umstel- lung auf sinnvolle zivile Pro- duktion  
 ★ Kein Einsatz der Bundes- wehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland

**Gewerkschaften, SPD und PDS**  
 ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals  
 ★ Organisierung eines ver- einigten Kampfes von deut- schen und ausländischen, west- und osteuropäischen Kol- leginnen auf der Grundlage eines sozialistischen Pro- gramms  
 ★ Abgeordnete und Funktio- näre dürfen nicht mehr ver- dienen als einen durch- schnittlichen Facharbeiter- lohn

**Für eine sozialistische Demokratie**  
 ★ Keine Privatisierung Ver- staatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbei- terkontrolle und -verwaltung  
 ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnis- sen und nicht von Profit be- stimmt wird  
 ★ Wahl- und jederzeitige Abwahlbarkeit aller Funkti- näre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funkti- näre, sondern durchschnittli- chem Facharbeiterlohn

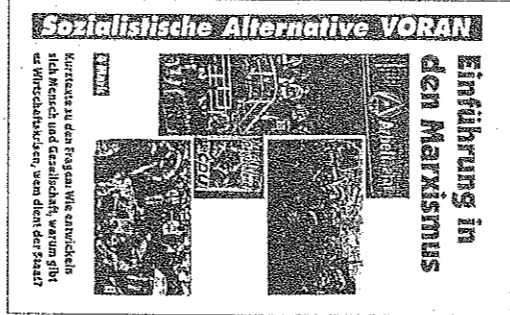
# Leserbrief

Liebe Genossen!  
 Ich finde nichts in Eurer Zeit- schrift, mit dem ich nicht ein- verstanden bin. Leider bin ich schon lange kein Jugendlicher und kein Gewerkschaftsmitglied mehr, denn ich bin inzwischen 87 Jahre alt. Aber ich gebe die Zeitung weiter. Die März-Zei- tung z.B. geht durch 4 Familien ...  
 Wichtig ist ja, daß jeder Leser alles versteht, was er liest, und er dadurch lernt. Das gilt auch für mich noch, denn ich bin ja nicht weit vom Pflegeheimstand entfernt (März-Ausgabe Seite 8). Was ihr darüber schreibt, stimmt leider. Meine Woh- nungsnachbarn haben eine Tochter, die auf diesem Gebiet arbeitet. Der Greenpeace-Arti- kel (Seite 9) hat auch mich Ol- len belehrt. Übrigens gilt das für alle Themen. Nur eins: meldet

die Anglimen, die der siegri- che Imperialismus hochnagig und fanatisch hier einführt...  
 Ich habe noch einige Zahlen- angaben über Morde an Ge- werkschaftsfunktionären in der ganzen Welt, z.B. 1990 wurden weltweit 264 Gewerkschafts- funktionäre ermordet und 2422 verletzt ... Nach meiner Mei- nung war die Polizei an vielen Morden beteiligt, denn Olof Palme ist von Nazi-Polizisten mitten im friedlichen Schweden erschossen worden, darum wird man nie die Mörder finden. Nun habe ich schon lange nicht mehr die Fortsetzung der genannten Zahlenangaben gefunden. So muß ihr, liebe Genossen, jäh- rlich diese Angaben bringen. Viel Freude und Erfolg in der Arbeit.  
 Ernst, Warin

# SAV-Seminare

SAV-Ortsgruppen in verschie- denen Regionen führen im April Seminare zur politischen Aus- bildung durch, für Mitglieder wie auch für Interessenten.  
 Ein Thema bei allen Semina- ren wird die wirtschaftliche Lage, die Analyse der Funkti- onsweise des Kapitalismus sein. Ansonsten wird es um ge- schichtliche und aktuelle politi- sche Entwicklungen gehen, die vertiefend behandelt werden.  
 Themen, Unterlagen, Teilneh- merkosten und sonstige Infos können erfragt werden über:  
 Region Nord- und Ostdeutsch- land: SAV Bremerhaven, Tel. (04 71) 41 75 48 oder SAV Ber- lin, Tel. (0 30) 4 44 90 52.  
 Region NRW: SAV Aachen, Tel. (02 41) 50 86 85.  
 Hessen und Süddeutschland:



**Rostock**  
 Mittwoch, 19 Uhr, Augustenstraße 112a  
 Infos unter Tel. 0381/499 65 90

**Berlin**  
 OC Süd: montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, De- fregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park  
 OC-Nahrrahn: dienstags 19 Uhr, PDS-Stützpunkt, Allee der Korymbanten 99, OC Prenzlauer Berg, mon- tags, 19 Uhr, Kleiner Jablohnsstr. 27 a  
 Infos unter 030 / 4 44 90 52 erfragen

**Bremen**  
 Mittwoch, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehnschloß, Ha- stedeer Osterdeich 230, Weitere Infos über Bundes- zentrale

**Bremerhaven**  
 OC Süd: montags, 19 Uhr, „Schillerklausur“, Schillerstr.  
 OC Nord: montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelinstr. 3

**Wir trauern um Tobias Harding**  
 Wir trauern um unseren Genossen Tobias Harding. Im jungen Alter von 21 Jahren ist er nach kurzer, schwerer Krankheit von uns gegangen. Wir werden ihn vermissen als Freund und engagierten Kämpfer für unsere sozialistischen Ideen.  
 Vor knapp vier Jahren, 1992, hat sich Tobias unserer Organisation angeschlossen, um mit uns gegen Rassismus und Unterdrückung zu kämpfen. Er hat einen großartigen Beitrag zum Aufbau von „Jugend gegen Rassismus in Euro- pa“ geleistet. Als im Januar 1993 Faschisten einen Brandan- schlag auf das Asylbewerberheim Immenhausen verübten, war er der erste, der die Initiative zur Organisation von Gegewehr ergriff. Opferbereit und konsequent organisierte er mit uns und JRE eine große Demonstration in Immenhausen gegen Rassisten und Faschisten. Trotz Bedrohung durch die Nazis ist er nie einen Millimeter vor ihnen zurückgewi- chen. Im Gegenteil, er leitete daraus die Notwendigkeit ab, noch mehr Jugendliche und Arbeitnehmer für den Kampf gegen die Faschisten zu mobilisieren. Dafür schenkte er keine Opfer. Er half bei der Vorbereitung des internationalen JRE-Camps 1994 und organisierte im Dezember 1993 eine der größten Demonstrationen gegen bekannte Nazis in Kassel mit.  
 Bis zum letzten Tag ist er einer der führenden Antifaschi- sten in unseren Reihen gewesen. Durch seinen unermüdli- chen Einsatz hat er viele Jugendliche über die Gefahren des Faschismus aufgeklärt, sie gegen das Gift des Rassismus gewappnet und zu eigenem Engagement bewegt - sein per- sönlicher Beitrag hat über seinen Tod hinaus Bestand.  
 Tobias war auch überzeugter Sozialist und hat immer wieder die Idee einer neuen Gesellschaft frei von Armut, Krieg, Hunger, Umweltzerstörung und Unterdrückung ver- treten. Er half Kollegen bei VW, früh morgens eine Be- triebszeitung zu verteilen oder er diskutierte bis spät in die Nacht mit Interessierten über sozialistische Ideen. Selbst in den letzten Monaten, als er bereits mit seiner Krankheit ringen mußte, brachte er die Energie auf, eine zentrale Rolle im Kampf gegen Bildungsabbau zu spielen. Ob Flugblatt verteilen, die Demo zu organisieren oder unsere politischen Ideen zu erklären - auf Tobias war Verlaß. Die politische Arbeit hat ihm viel bedeutet. Aber er war auch immer für eine gute Party zu haben, und nichts lag ihm ferner als ein spießbürgerliches, angepaßtes Leben.  
 Tobias, Du wirst uns fehlen als Freund und Mitstreiter. Wir werden Dich nie vergessen.  
 SAV Kassel

# Sozialistische Alternative VORAN - Ortsgruppen

**Kassel**  
 OC Mitte: dienstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelinstr. 3  
 Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48

**Köln**  
 OC Nordost: freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlaack- hof, Mombachstr. 12  
 OC West: sonntags, 18.30 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert- Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)  
 Infos unter 05 61 / 1 64 91

**Aachen**  
 OC Ost: montags, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adelpsteinweg 233  
 OC Nord: dienstags, 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18  
 Infos unter 02 41/50 86 85

**Stuttgart**  
 OC Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9  
 OC Süd-West: jeden Donnerstag, 18.30 Uhr, Jugend- haus Heshach (Böblinger Str. 92)  
 OC Nord: jeden Donnerstag, 19 Uhr, Jugendhaus Nord  
 Infos unter 07 1172 23 88 23

**Freiburg**  
 Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

**Siegen**  
 Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 8 (bei oberem Schloß)

**Frankfurt/Main**  
 Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5  
 Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75

# SAV-Spendenfonds

Der Ausgang der „kleinen Bundestagswahl“ in den drei Bundesländern war eine weitere Quittung, welche die SPD für ihre Abfederungspolitik an die Konservativen hinnehmen darf.  
 Die großen Verluste der SPD bei steigender Massenarbeitslo- sigkeit, sozialen Angriffen der Regierung und Unternehmen- verträge, plus einer abgewir- schafteten Regierungskoalition samt todkranken Junior-Part- nern, sind ein Indiz für den Ver- trauensverlust breiter Schichten von Arbeitnehmern und Jugend- lichen in die Politik der SPD.  
 Da hilft alles Jammen nichts. Der SPD wird nach Umfragen in keinem einzigen Problembe- reich (Arbeitslosigkeit, Umwelt, u.a.) mehr Kompetenz als der CDU zugezählt.  
 Wer der „gerchtere“ Sozial- abbauer und der bessere Markt- wirtschafter sein möchte, kann und will nicht die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitslosen vertreten. Alle Parteien singen mittlerweile das hohe Lied von Verzicht und Sozialabbau.

**Frank, Bundeszentrale**  
 Spendenkonto  
 Konto-Nummer 2500 59-430  
 Postbank-Essen (BLZ 360 100 43)

**VORAN**  
 Impressum  
 Überregionale, marxistische Monatszeitschrift  
 Erscheint seit 1973  
 Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
 Verantwortliche Redakteurin: Angela Barkert  
 Besondereingeweiht: Norbertlich  
 Druck: Berger und Bosmann GbR, Kassel  
 Redaktionsanschrift: VORAN, Hansering 4, 50670 Köln  
 Telefon 02 21/13 72 80  
 Telefax 02 21/13 72 80  
 Bankverbindung: Postgülden Essen, BLZ 260 100 43  
 Kontonr. 2500 59-430

**ABONNIERT VORAN!**

zehn Ausgaben zu 18,- DM  
 zusätzlich 2 Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)  
 Förderabo, 10 Ausgaben zu 20,- DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgülden Essen, BLZ: 360 100 43,  
 Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung  
 Abschnitte schicken an: Red. VORAN, Hansering 4, 50670 Köln

**Werde Mitglied der SAVI**

Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.  
 Ich möchte Mitglied der SAV werden.  
 Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben an: SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:  
 Sozialistische Alternative VORAN, Hansering 4, 50670 Köln  
 Info-Telefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80



**Ermittlungen beim Brandanschlag in Lübeck**

# „Ein Deutscher soll nicht Täter sein“

Rund 500 Menschen demonstrieren am 23. März in Lübeck für die Freilassung des libanesischen Flüchtlings Satwan Eid, der im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Lübeck als Tatverdächtiger festgenommen worden war.

## Kim, Lübeck

Zur Erinnerung: Am frühen Morgen des 18. Januar hat es in dem Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße gebrannt. 10 Menschen starben, über 30 wurden teilweise schwer verletzt. Die Polizei hatte in dieser Nacht vier tatverdächtige Männer aus Grevesmühlen festgenommen. Diese wurden jedoch rasch wieder freigelassen – aufgrund eines falschen Alibis, wie sich inzwischen herausstellte. Sie gaben

an, zur Tatzeit an einer 15 km weit entfernten Tankstelle gewesen zu sein. Doch die Tankstelle liegt nur 5,2 km von der Hafenstraße entfernt, und eine Minute nach Alameingang beobachtete eine BGS-Streife die Grevesmühlener beim Besteigen ihres Autos in der Neuen Hafenstraße. Widersprüche und Unklarheiten, die einer Klärung bedürften. Verschwiegen wurde in den Medien auch, daß die Männer aus Grevesmühlen über Kontakte zu rechten Szene verfügten.

## Widersprüche

Dies sind aber nicht die einzigen Widersprüche und Verschleierungen. So erweisen sich die angeblichen „Beweise“ für die Schuld Satwans, der mit seiner Familie selbst in dem Heim lebte, bei genauerem

Hinsehen als nicht stichhaltig. Als „Geständnis“ wird sein Anspruch gegenüber einem Sanitäter angeführt, zu dem er gesagt haben soll: „Wir waren es“. Es könnte aber auch „Sie waren es“, „Wer war es?“ oder ähnliches gelaunter haben. Schließlich war es laut in dem Rettungswagen. Der Sanitäter hat sich dieser Worte erst nach einerinhalb Tagen erinnert und ist auch bisher nicht öffentlich aufgetreten. Satwan hat diese Aussage bis heute verneint.

Als Tarnmotiv wurde von den Ermittlungsbehörden zuerst ein Streit unter den Flüchtlingen, dann ein Eifersuchtsdrama konstruiert. Das wurde von den HeimbewohnerInnen selbst, teils vor laufender Kamera, zurückgewiesen. Aber den Aussagen von über 30 Heimbewohnern wird kein Glauben ge-

schenkt, denen von einem anonymen Sanitäter schon.

Auch die abgehörten Gespräche Satwans haben keine Beweiskraft. „Wir waren es“, wie gesagt, im TV-Magazin „Monitor“ deckte schlampige Übersetzungen und unerschlagene Entlastungsaussagen auf. Widerlegt scheint auch, daß das Feuer im ersten Stock ausgebrochen ist. Bisher ein Indiz für die Staatsanwaltschaft, daß es von innen gelegt worden sei. Nach den übereinstimmenden Zeugnisaussagen mehrerer Flüchtlinge befanden sich die Flammen im Erdgeschoss. Diese Angaben werden auch von dem bekannten Brandschutzexperten Achille bestätigt, den „Monitor“ mit einem Gegengutachten beauftragte.

Die Ermittlungen konzentrieren sich auf die Version, daß

„die Flüchtlinge ihre Häuser selbst ansteckten“, in andere Richtungen wurde nicht ermittelt. Die Polizei stellte immer wieder den Flüchtlingen Suggestivfragen und versuchte sie einzuschüchtern. Aussagen mancher Flüchtlinge, die in der Brandnacht eine Scheibe haben klirren und die Prorre zuschlagen hören, werden ebenso ignoriert.

Die Einseitigkeit der Ermittlungen deuten darauf hin, daß es den Behörden lieber ist, einen Flüchtling als Täter zu präsentieren als eine rassistische Tat zuzugeben.

## Methode

Nach der gleichen Methode wie in Lübeck wurde in Hannover eine türkische Frau angeklagt, ihr Haus mit 5 Kindern in Brand gesteckt zu haben. Sie wurde jetzt freigesprochen, weil selbst das Gericht der zsmammengestapelten Anklage nicht folgen mochte. Bei einem Brandanschlag 1994 in Stuttgart, bei dem 7 Menschen starben, wollte man die Tat Drogenabhängigen in die Schuhe schieben. Auch beim ersten Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge unterstellte man zunächst Palastinsensern die Tat.

Bei Bränden in Flüchtlingsheimen wird immer wieder behauptet, daß „in alle Richtungen ermittelt“ werde, daß „rechtliche Defekte“ vorlägen oder daß „ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht erkennbar“ sei. Dabei geht es dem Staat einerseits darum, eine breite antifaschistische Bewegung wie nach Solingen, Mölln oder Rostock zu verhindern als auch, den „Ruf“ Deutschlands zu wahren. Dabei wird die Gefahr, die von Nazis ausgeht, ver-



Seit 1992 kämpft „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) gegen Nazis, Rassismus und die gesellschaftlichen Ursachen. Jetzt hat sich die Organisation zu einer linken „JugendOffensive“ erweitert.

# Zukunft erkämpfen – Jugend in die Offensive

Am 9. und 10. März fand die 4. Bundeskonferenz von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) statt. Unter dem Motto: „Zukunft erkämpfen – Jugend in die Offensive“ diskutierten 70 Jugendliche aus ganz Deutschland zwei Tage lang die Probleme von SchülerInnen, Azubis und Studierenden und die Proteste dagegen. Im Mittelpunkt stand die Abstimmung über eine neue Plattform und einen neuen Namen.

## Miriam Alberti JO/JRE-Bundesbüro

„Lehrstellenmangel, Bildungsabba, Umweltzerstörung und Jugendarbeitslosigkeit sind Probleme, die zunehmend unsere Zukunft bedrohen. Es ist nötig, breiten Widerstand in der Jugend zu organisieren. Daher hat JRE sich zu JugendOffensive/JRE erweitert. Studierende, Azubis, SchülerInnen, ausländische und deutsche Jugendliche müssen gemeinsam kämpfen. JugendOffensive/JRE will einen Beitrag dazu leisten, eine starke linke kämpferische Jugendbewegung aufzubauen und gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen die Interessenvertretungen von Jugendlichen in Schule, Hochschule oder Betrieb zu stärken. Wir kämpfen für konkrete Verbesserungen im

Jugend- und Sozialbereich und sind offen für jeden, der dabei mithelfen will“, so heißt es in der Einleitung zur neu beschlossenen Plattform, die 18 Punkte umfaßt.

## Sozialismus

Die Anwesenden waren sich auch einig, daß es nicht genügt, die heutigen Probleme zu kritisieren, wir brauchen auch Alternativen. Wir finden, daß gegen Geld da ist, daß es nur in den falschen Händen ist. Um das Geld für unsere Forderungen zu bekommen, muß man zum Beispiel ran an die von den Banken angehäufte Profite. Wir meinen, daß es nötig ist, die Gesellschaft grundlegend zu verändern, und haben daher Sozialismus mit in die Plattform aufgenommen.

„Gegen das kapitalistische Profitsystem. Für eine sozialistische Demokratie in Deutschland, Europa und weltweit, die auf Gemeineigentum basiert, in der die Produktion von den arbeitenden Menschen organisiert wird und zum Nutzen aller Menschen und der Natur eingesetzt wird.“

## Antifaschismus

Auch die Aktivitäten von Nazis und die rassistische Politik

waren ein wichtiges Thema. Die verbotene FAP bzw. überhaupt die Naziszene hat sich weitgehend unstrukturiert. In den letzten Monaten gab es vor allem viele Skinhead-Konzerte, mit denen sie neue Jugendliche ködern wollen. Die Medien scheuern das Thema tot, doch das darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gefahr nicht kleiner geworden ist.

Nachdem Schärping und Lafontaine gegen Aussteller gehetzt hatten und gefordert hatten, daß der Zuzug von Ausländern gehemmt wird, gab es prompt den ersten Überfall auf ein Ausstellertreffen in Pirmasens, bei dem zwei Rußlanddeutsche von fünf Neonazis schwer verletzt wurden. Der Staat schiebt systematisch Flüchtlinge ab, sie werden in Abschiebeknäste und Asylbewerberheime eingepfercht. Politisierungsmaßnahmen werden immer häufiger.

Für JugendOffensive/JRE sind dies weiterhin zentrale Themen. Wir sind überzeugt, daß eine starke linke Jugendbewegung die Nazis und Rassismus im gemeinsamen Kampf zurückdrängen kann.

In den Arbeitskreisen wurde die konkrete Arbeit von JO/JRE-AktivistInnen in Schule, Uni und Betrieb diskutiert. Im SchülerInnenarbeitskreis wur-

den die Erfahrungen aus den November/Dezember-Demonstrationen ausgewertet. Eine weitgehend unstrukturierte, wie sie zusammen mit einer Freundin eine Schülergruppe an ihrer Schule aufgebaut hat am Streik teilnahm. Argumente, die von Dirraktoren oder wunden auseinandergelommen.

## Arbeit vor Ort

Seit März gibt es in Deutschland eine neue sozialistische Jugendorganisation. 1996 geht es darum, JO/JRE als politische Alternative in der Stadt bekannt zu machen. Im Mittelpunkt stehen dabei, JO/JRE-Treffen mit interessanten politischen Themen durchzuführen, wie zum Beispiel „Die Staat kurz bei Bibliotheken, Jugendzentren ... – wo ist das Geld für unsere Forderungen?“, „Kurdistan – Keine Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD“, „Vulkan-Krise, Für den Erhalt aller Arbeitsplätze“, „10 Jahre Tschernobyl – Welche Alternativen gibt es zur Atomkraft“, „Was ist Sozialismus?“, aber auch „AIDS – Was tut die Forschung?“. Außerdem wollen wir Aktionen gegen kommunale Kürzungen auf dem Rücken von Jugendlichen in der Stadt organisieren.

Die konkreten Arbeit von JO/JRE-AktivistInnen in Schule, Uni und Betrieb diskutiert. Im SchülerInnenarbeitskreis wur-

harmlos und die Opfer werden zu Tätern gemacht. Die Angehörigen und Freunde Satwans schrieben: „Ein Deutscher soll nicht Täter sein. Wir werden ein zweites Mal verfolgt: wir waren das Opfer des Brandanschlags, jetzt sind wir die Opfer der Ermittlungen.“

Der Lübecker Bürgemeister Boutheiller, der nach dem Anschlag menschliches Handeln für die Flüchtlinge über ihm manne Verordnungen und Paragraphen gestellt und sich klar gegen Rassismus ausgesprochen hatte, wurde Zielscheibe einer schmutzigen Kampagne der örtlichen CDU und der Lokalzeitung Lübecker Nachrichten: „Für ihn (Boutheiller) stand schon nach dem Brand fest: Das war ein Anschlag. Rechtsradikaler (...) es ist ein irreparabler Schaden für die Hansestadt entstanden, und das weltweit.“ Gemeint ist nicht etwa ein irreparabler Schaden durch die Brandanschläge auf die Synagoge oder den unumenschlichen Umgang mit Flüchtlingen, sondern der Schaden, der durch „die vor-schnelle und unverantwortliche Schuldwzuweisung“ entstanden sei.

Auch wenn die Medien nicht oder kaum darüber berichten, der Nazi-Terror geht weiter. In Gladbeck gestand ein Neonazi 5 Morde, die er im letzten halben Jahr begangen hatte, alles Antifaschisten und Nichtantifaschisten sind in diesem Fall. Wie ist wohl in diesen Fällen vor dem Geständnis ermittelt worden? In Magdeburg wurden innerhalb weniger Tage drei Menschen von Nazis attackiert, darunter ein Schwarzzer und ein Punk.

Umso wichtiger ist es, daß wir aufklären und selbst aktiv werden.

## Bündnis für Ausbildung in Kassel

# Leerstellengespräche

Das einzige, was beim Bündnis für Arbeit bisher herausgekommen ist, sind Sozialkürzungen. Mittlerweile wird uns schon die Verhinderung von Stellenabbau als Bündnis für Arbeit verkauft. Von dem eigentlichen Ziel, mehr Ausbildungs- und Arbeitsstellen zu schaffen, ist gar keine Rede mehr.

## Staffel Mischke, JAW Statistische Kliniken, Kassel

Daß das Bündnis für Arbeit mißbraucht wird, um immer mehr Verschlechterungen durchzusetzen und von den Unternehmen gar keine Absicht zu beschaffen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, zeigt ein Beispiel aus Kassel.

Hier hatten der Oberbürgermeister und das Arbeitsamt zu einem Gespräch eingeladen, um über die dramatische Situation im Ausbildungsbereich zu reden und Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Schon die Zusammensetzung war aufschlußreich: von insgesamt 33 Anwesenden waren drei hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre und ich als einzige Jugend- und Auszubildendenervertreterin für die OTV. Den größten Teil bildeten Wirtschaftsvertreter, z. B. von der Handwerks- und Rechtsanwaltskammer, vom Arbeitgeberverband, der Industrie- und Handelskammer. Vertreten waren auch die großen Betriebe wie

VW, Mercedes, Siemens und die Baubranche. Entsprechend standen bei diesem Leerstellengespräch - oder soll man besser sagen Leerstellengespräch - nicht die Interessen der Jugendlichen im Mittelpunkt, sondern die der Unternehmen und Selbständigen. Ihnen ging es, wenn überhaupt, nur darum, eine Schmalspur-Ausbildung zu schaffen. Sie brachten Vorschläge wie untertarifliche Lohnzahlung und waren sich einig, daß Ausbildung vor Übernahme gehen müsse. Wie paradox: da ist vom Bündnis für Arbeit die Rede, also eigentlich von der Schaffung von Arbeitsplätzen, und dann will man Ausbildung und Übernahme trennen. Was nützt mir denn eine Ausbildung, wenn ich anschließend auf der Straße sitze?

Mir ist kein einziger Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekannt, der durch diese Bündnisgespräche geschaffen worden ist. Wenn die Gewerkschaften nicht in die Defensive kommen wollen, dann müssen sie sofort aus diesem Bündnis aussteigen. Die Gewerkschaften müssen endlich klar machen, daß genug Arbeit da ist, sie muß nur gerechter verteilt werden. Darum: 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Und daß auch genügend Geld da wäre, zeigen die Gewinne, die die großen Unternehmen letztes Jahr gemacht haben.



# Nordirland vor neuem Bürgerkrieg?

Mit Bombenattentaten in London hat die IRA die militärischen Aktivitäten wieder aufgenommen, nachdem die Friedensgespräche in einer Sackgasse waren. Nach den Anschlägen nahmen in Nordirland zehntausende Menschen - Katholiken wie Protestanten - an Kundgebungen teil, um sich einer Rückkehr zur Gewalt entgegenzustellen. Auch in der Republik Irland, in Dublin und Cork, demonstrierten 70.000 Menschen. Die Hintergründe und Perspektiven beleuchtet

**Maurus Maguire,  
Belfast  
Millicant Labour**

Innerhalb einer Woche nach der ersten Bombe veränderte sich die Stimmung der Bevölkerung in Nordirland von Ungläubigkeit und Verzweiflung zu wütender Opposition gegen jede Wiederaufnahme der militärischen Kampagne, sei es durch die IRA oder durch protestantisch-loyalistische Organisationen. Es entwickelte sich eine der größten Massenbewegungen der neueren irischen Geschichte.

Während die Verantwortung für die Bombenangriffe bei der IRA liegt, liegt die Verantwortung für den Zusammenbruch des Waffenstillstands bei der britischen Regierung. Um den „Friedensprozess“ in die Länge zu ziehen, baute sie eine ganze Reihe von Hindernissen auf, bevor der IRA die Teilnahme an Gesprächen erlaubt werden sollte. Zuerst forderte die britische Regierung, daß die IRA ihren Waffenstillstand für permanent erklärt.

Dann kamen Forderungen nach kompletter Entwarnung der IRA vor Allparteiengesprächen, dann die Forderung nach vorherigen Wahlen zu einem Vorkonkordat mit Verhandlungsmandat.

## Wenig Fortschritt

Zuerst schien die Friedensstrategie von Sinn Fein (politischer Flügel der IRA) sich auszuzeichnen, als sich Türen in Washington und Dublin für den Sinn-Fein-Vorsitzenden Gerry Adams öffneten. Aber vor Ort zeigte sich wenig Fortschritt. Im Juli wurde der Soldat Lee Clegg, der wegen Mordes an einem Teenager in West Belfast zu lebenslanglich verurteilt worden war, freigelassen, nachdem er nicht einmal zwei Jahre davon abgesessen hatte. Das führte zu Unruhen in katholischen Stadtteilen.

## Keine Friedensdividende

Besonders in den katholischen Vierteln waren riesige Illusionen geschaffen worden, daß der Waffenstillstand Arbeitsplätze bringen würde, unterstützt und begünstigt von den Sinn-Fein-Führern. Diese von der US-, der britischen und der irischen Regierung angepreisene „Friedensdividende“ verwirklichte sich jedoch nicht oder hinterließ bei der riesigen Armut in den katholischen und protestantischen Arbeitervierteln keine Spuren. Ein paar US-amerikanische und britische Firmen investierten, aber die meisten Arbeitsplätze waren in Firmen mit niedrigen Löhnen und ohne Gewerkschaftszulassung.

Die Angriffe der konservativen Regierung auf den öffentlichen Dienst schienen die „Friedensdividende“ in ein Friedensdefizit zu verwandeln. Ein Bericht über Gesundheitsrichtungen in Belfast empfahl die Schließung der Unfall- und Notfallabteilung des städtischen Krankenhauses von Belfast, das am Rand des benachteiligten protestantischen Stadtteils Sandy Row liegt. Eine 25prozentige Kürzung der Mittel der „Aktion für kommunale Beschäftigung“

## Sackgasse für IRA

Eine Schicht der IRA-Führung hatte zwar den Waffenstillstand geduldet, unterstützte ihn aber nie. Im Zuge der britischen Verzügepolitik wurden Einheiten der IRA immer ungeduldi-ger. Die Führung erlaubte Einheiten, ein paar angebliche Drogenhändler zu erschließen, um Dampf abzulassen.

Die unterworfene Strategie von Sinn Fein führte nicht weiter in eine Sackgasse wie zuvor, die bewaffnete Sie umfäße große Anstrengungen, ein Bündnis aller republikanisch-nationalistischen Kräfte in Irland zusammenzubringen, einschließlich der rechten bürgerlichen Parteien in der Republik (Süd-)Irland. Sie bedeutete, Kneifälle vor den verschiedenen Agenturen des Imperialismus zu machen, von der UNO bis zur Clinton-Administration, alles unter dem falschen Vorzeichen, daß diese irgendwie für die Interessen der katholischen Arbeiter Nordirlands eintreten würden.

Schon Senator Mitchells Bericht vom „Internationalen Gremium für Entwaffnung“, der am 25. Januar veröffentlicht wurde und eine schrittweise Entwaffnung während Verhandlungen vorschlug, war für IRA-Hardliner eine bittere Pille. John Ma-



Polizei repression in Nordirland: Die politische Verantwortung für den Zusammenbruch des Waffenstillstands liegt bei der Regierung in London

der bestand auf vorheriger kompletter Entwarnung, lehnte diesen Bericht ab und schob seine neue Bedingung nach vorherigen Wahlen zu einem Vorkonkordat nach. Dies schwächte die Position von Gerry Adams weiter und verstärkte den Eindruck, daß die britische Regierung die Verhandlungen verschleppte.

Auch das in Dublin angesiedelte „Forum für Frieden und Versöhnung“, das von der süd-irischen Regierung zum Zweck der Einbeziehung von Sinn Fein in den Dialog eingerichtet worden war, produzierte einen Bericht, der die Schwäche der Verbindung zwischen Sinn Fein und den anderen nationalistischen Kräften Irlands zeigte. Das Forum vertrat das Prinzip, daß es keine Änderung im Status von Nordirland ohne Zustimmung der (protestantischen) Mehrheit der Bevölkerung geben könne - eine Position, die von Sinn Fein abgelehnt wird.

Bei den IRA-Hardlinern setzte sich der Eindruck fest, daß der „Pan-Nationalismus“ in Wirklichkeit eine Formel für die Aufgabe traditioneller Positionen sei. So kam es zu der Entscheidung, die militärischen Aktionen wieder aufzunehmen.

## Vereinigte Arbeiterpartei

Die Ereignisse der letzten Wochen haben deutlich gemacht, daß man den Friedensprozess nicht in den Händen von konservativen Regierungen und sektiererischen Politikern - irischen Nationalisten wie Unionisten - belassen kann. Auf Grundlage des Kapitalismus mit seinen Problemen von Arbeitslosigkeit und Armut gibt es keine Lösung, die für beide Seiten attraktiv wäre. Ewentuelle zukünftige Allparteiengespräche und ein Parlament, in denen die bisherigen Parteien vertreten sind, werden zwar Abkommen zusammensoppeln können, aber keine dauerhafte Lösung bringen, sondern immer wieder von Lähmung und Auseinanderfallen bedroht sein. Die Zukunft hängt davon ab, ob eine neue politische Kraft aufgebaut werden kann, die die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Eine neue Partei der Arbeiterklasse könnte protestantische und katholische Arbeitern vereinigen, Ungerechtigkeit, Sektierertum und Armut anpacken, eine klare Alternative zu den sektiererischen Parteien präsentieren und für eine sozialistische Lösung des Konflikts kämpfen. Eine solche politische Alternative muß von unten aufgebaut werden, ohne sich auf die Gewerkschaftsführer zu verlassen.

Militant Labour tritt für ein sozialistisches Irland und eine sozialistische Föderation von Großbritannien und Irland ein, auf gleicher, freier und freiwilliger Grundlage, als Teil einer europäischen sozialistischen Föderation. Wir glauben, daß durch die Entfremung der Würde des Konflikts eine demokratische Lösung der nationalen Frage gefunden werden kann.

# Kein Zurück

**Kampagne nordirischer Marxisten**

Am Tag nach dem ersten IRA-Bombenschlag waren Aktivisten von Militant Labour (irische Schwesterorganisation der SAV) mit einem Flugblatt auf den Straßen von Belfast unter der Überschrift „Kein Zurück“. Über diese Aktivität wurde in einem Teil der Presse berichtet. Zwei Tage später beschloßen wir, eine Kampagne unter dem Motto „Kein Zurück“ ins Leben zu rufen.

**Peter Madden, Belfast  
Sekretär Militant  
Labour**

Wir organisierten die erste öffentliche Kundgebung im Stadtzentrum von Belfast, an der etwa 350 Menschen teilnahmen, weitere Hunderte hörten von weitem zu. Es gab ausführliche Medienberichterstattung, einschließlich einem Bericht im Fernsehen in der Nacht.

Während der gesamten folgenden Woche gab es eine Reihe von weiteren Demonstrationen, an denen wir teilnahmen oder sie mit organisierten. Die größte war eine von den Gewerkschaften organisierte Kundgebung in Belfast, an der etwa 15 000 teil-



Tausende demonstrierten gegen die Rückkehr zu militärischen Aktionen

nahmen. (Nordirland hat etwa 1,5 Million Einwohner - Red.) Die Stimmung auf dieser Demonstration wurde durch das Transparent von Militant Labour auf den Punkt gebracht. Der Leitartikel des „Belfast Telegraph“ schrieb: „Ein großes Transparent auf der Kundgebung gestern hätte nicht klarer und deutlicher sein können. Es lautet: 'Kein Zurück.'“

Unser Material fand große Resonanz. Leute standen Schlange, um die Flugblätter zu bekommen, manche nahmen Sticker um sie zu verteilen, und wir erhielten eine Reihe von Zuschriften von Interessenten.

In den Städten Cookstown und Magherafelt organisierten wir zwei Kundgebungen, bei denen die Beteiligung zusammen knapp 800 betrug.

In der kleinen Stadt Omagh kam eine riesige Menge von etwa 4000 Menschen zur Kundgebung, die von einem Genossen organisiert worden war. Insgesamt sprachen RednerInnen von Militant Labour innerhalb einer Woche vor über 11 000 Menschen. Das wurde erreicht trotz der Versuche der Gewerkschaftsbl-

rokratie unsere Anstrengungen zu sabotieren. Sie gaben eine Presseerklärung heraus, in der sie sich von unserer Kundgebung in Belfast distanzieren. Obwohl wir die Kundgebungen in Magherafelt, Cookstown und Omagh im Namen von örtlichen Gewerkschaften organisierten, weigerte sich der ICTU (Irish Congress of Trade Unions - irischer DGB), RednerInnen zu schicken.

Militant Labour hat große Unterstützung für die „Kein-Zurück“-Kampagne gewonnen. Die Parolen unserer Kampagne wurden fast zu den Symbolen der gesamten Bewegung. Das hat bei unseren Straßenaktivitäten geholfen, wo die Transparente große Mengen zu unseren Infotischen angezogen haben, und innerhalb von einer Woche haben wir etwa 800 Pfd. zur Finanzierung unserer Arbeit gesammelt. Es gab Schlangen von Leuten vor den Unterschriftenlisten mit unseren Forderungen.

★ Schluß mit allen paramilitärischen Aktivitäten  
★ Aufhebung aller Hindernisse für Gespräche  
★ Einbeziehung der Gewerkschaften und lokaler Gruppen in die Gespräche.  
Anders als andere linke Organisationen plappern wir nicht opportunistisch die Sinn-Fein-Forderungen nach 'Allparteiengesprächen' und 'echten Verhandlungen jetzt nach, sondern gehen von einem Klassenstandpunkt aus. Besonders die Forderung nach Einbeziehung von Vertretern der Arbeiterklasse in die Gespräche - als ein Schritt zum Aufbau einer Arbeiterpartei - findet großen Anklang.

Zu unseren weiteren Plänen gehört die Kontaktaufnahme zu Gewerkschaften und lokalen Gruppen, um die Unterstützung für diese Forderungen auszubauen, ebenso wie die Organisation weiterer Straßenproteste.



**Österreich**



Massendemonstration am 14. März in Wien: 40.000 TeilnehmerInnen gingen in Wien und sechs anderen Städten auf die Straße.

# Studentenprotest gegen Sparpaket

Kaum ist die Große Koalition aus SPÖ und ÖVP wieder im Amt, hat sie ein drastisches Sparpaket von rund 14 Milliarden DM verabschiedet, daß vor allem ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und auch die Hochschulen betrifft. Dagegen laufen die StudentInnen in Wien und anderen Städten Österreichs seit Wochen Sturm, mit den größten Hochschulprotesten seit 1987, vielleicht überhaupt der Nachkriegszeit.

**VORAN** befragte Sonja Grusch, Redakteurin der sozialistischen Zeitung **VORWÄRTS** zu den Hintergründen.

**VORAN:** Was bedeuten die Kürzungen für die Studierenden? Die monatliche Kinderbeihilfe, die Studierende bzw. deren Eltern bis zum 27. Lebensjahr erhalten, wird um ein Jahr verkürzt und an verschärfte Leistungsnachweise gebunden, die kaum einer einhalten kann. 50% der Studenten überschreiten die Mindeststudiendauer von 8 Semestern. Weiterhin werden die kostenlose Freifahrkarte für den Nahverkehr und Verbilligungen für Heimfahrten gestrichen. Und die Studienzinsen werden nicht mehr auf die Pensionen angerechnet. Man kann sich freiwillig nachverstreichern, was rund 43.000 DM Kosten würde.

Für viele Studenten bedeuten diese Sparmaßnahmen das Aus. Auch die weiteren Aussichten

sind schlecht, weil ein Aufnahmestop im öffentlichen Dienst verfügt wurde. Und 80% aller Akademiker fanden bisher dort einen Job.

**Wie sind die Proteste bisher gelaufen?**

Überwiegend sind die großen Unis im Streik. In Wien und anderen Städten. Am 14. März waren bei einer Großdemonstration rund 40.000 auf der Straße. Das war schon ungewohnt eindrucksvoll. Manche reden von einem neuen 1968.

Assistenten und Professoren beteiligten sich auch an Aktionen. Den HochschullehrerInnen wird das Gehalt um bis zu einem Viertel gekürzt, bei den Profs eingefroren. Sie haben Vorlesungen ausgesetzt und eine Frist bis zum 15. April gesetzt. Wenn bis dahin keine Verhandlungen laufen, wollen sie offiziell streiken.

Auch ein Block mit etwa 3000 SchülerInnen aus 53 Wiener Schulen marschierte mit, die von der Schüleraktionsplattform mobilisiert wurden.

Kurz danach gab es noch einmal eine Demonstration mit 25.000 TeilnehmerInnen, organisiert von der „Plattform gegen das Belastungspaket“, ein Bündnis von Gewerkschaften, Arbeitslosen- und linken Organisationen.

Die Studenten sind jeden Tag zwei- bis dreimal auf der Straße, blockieren Straßen, dringen auch schon mal in die Bannmeile um das Parlament ein, das nur fünf Minuten von der Hauptuni entfernt liegt. Rund

die Hälfte der Wiener Polizei ist derzeit mit den Studenten beschäftigt.

Es gibt einen Medienboykott, man findet kaum eine kleine Meldung in den Tageszeitungen oder im Fernsehen über die Bewegung. Wenn es Zusammenstöße geben würde, wäre das anders. Darum hält sich die Polizei auch noch auffallend zurück.

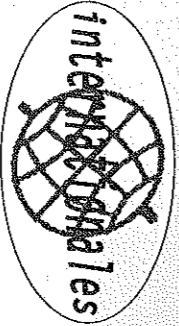
**Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Bevölkerungsgruppen, die vom Sparpaket betroffen sind?**

Die StudentInnen bemühen sich jedenfalls sehr darum. Es ist allen bewußt, daß eine gemeinsame Front aufgebaut werden muß. Nun ist es aber leider so, daß die Gewerkschaftsführungen alle hinter dem Sparpaket stehen. Es geht also vor allem um Kontakte von unten, zu einzelnen Gewerkschaftsgruppen und anderen Betroffenen.

Die Studenten gehen raus, verteilen Flugblätter auf Märkten und vor Krankenhäusern. Es werden alternative Vorlesungen auf öffentlichen Plätzen oder in U-Bahnen gehalten. Es gibt ein eigenes Fernsehteam aus Publizistik-Studenten, die die Aktionen filmen.

**Was sind die Perspektiven?**

Bis Ostern läuft es auf jeden Fall weiter. Ich komme gerade heute von einer Besetzung des SPÖ-Büros, die wir von der Sozialistischen Offensive **VORWÄRTS** zusammen mit anderen organisiert haben. Wir haben ei-



## Profithaie der Weltmeere

Die Sea Empress, die vor der walisischen Küste auf Grund ging und 85.000 Liter Öl verlor, war ein typisches Beispiel für die Deregulierung der Schifffahrt, wie die britische Zeitung Independent (22.2.96) rechnerierte: „Gebaut in Spanien; Eigentum eines Norwegers; registriert in Zypern; gemanagt von Glasgow aus; gechartert von den Franzosen; bemant mit russischer Besatzung; unter italienischer Flagge fahrend; be-

laden mit amerikanischer Fracht; Öl vor der walisischen Küste ausparkend. Wer ist verantwortlich?“

Typisch auch die Panmen bei der Rettungsaktion. Seit der Privatisierung im Hafen von Milford war die Zahl der Schlepper von 12 auf 6, die der Schlepper von 8 auf 4 herabgesetzt worden. Die Schlepper waren zu klein, um die Sea Empress von den Felsen zu holen. Als der größte Schlepper der Welt angefordert wurde, war die Besatzung chinesisch, und niemand hatte sich um Dolmetscher gekümmert, was wiederum zu Verzögerungen führte.

Der norwegische Reeder Fredriksen - vorbestraft wegen Verstoß gegen Sicherheitsbestimmungen, als es noch Kontrollen gab - hatte die Sea Empress 1993 noch rasch mit nur einem Rumpf baren lassen,

## Massenproteste in Venezuela

Hunderttausende protestierten Mitte März gegen die Sparpolitik der Regierung von Präsident Caldera. Die Staatsangehörigen gingen parallel dazu in Streik, um die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf umgerechnet 275 Mark nur für die Privatwirtschaft gelten sollte. In der Hauptstadt Caracas und sechs weiteren Städten nahmen

**Türkei**

## Neue linke Partei

Nach Jahren der Militärdiktatur und der politischen Zersplitterung der Linken in der Türkei hat sich im Januar nach zweijähriger Vorbereitungsphase eine neue linke Partei gegründet. Mit dem Rechtsruck der türkischen Sozialdemokratie war das Feld für faschistische und islamistische Organisationen weit offen gewesen, wie auch die letzten Parlamentswahlen zeigten.

**Der Korrespondent unserer Schwesterzeitung „Militant“ berichtet aus Ankara:**

Die neue Partei heißt „Partei der Freiheit und Solidarität“ (ÖDP) und ist ein Zusammenschluß verschiedener linker Organisationen. Mindestens 15.000 Menschen nahmen im Januar an der Gründungsversammlung der ÖDP in der Sporhalle in Ankara teil, die meisten davon Arbeiter und



1995 gab es massive Streiks in der Türkei.

150.000 an Demonstrationen teil.

## Télécom Frankreich

Die französische Regierung will die Privatisierung der Telecom einleiten und Beschäftigte und Gewerkschaften mit einigen Vorab-Zusagen kö-

ben Gewerkschaften die Privatisierung und sogar jegliche Verhandlungen auch auf dieser Basis ab. Die CGT will keine „Deregulierung“, Privatisierung, Umformung des Staatsbetriebs in einen privaten Multi, die PO verweist auf die Unruhe unter den Beschäftigten. Und die CPDT sieht auch in der EU keine ernsthafte Begründung für eine Reform.

## Schlechte gute Nachrichten

„Kurssturz in New York nach positiver Entwicklung am Arbeitsmarkt“ überschrieb das Handelsblatt (9.3.96) einen Artikel zum Kurssturz an der New Yorker Börse am Vortag. Der Dow-Jones-Index war um 171 Punkte gefallen, der drittgrößte Tagesverlust in der Geschichte.

Das im Februar mehr als 700.000 neue Stellen geschaffen worden sind - mehr als doppelt so viele wie erwartet - und die US-Arbeitslosenquote deshalb von 5,8% auf 5,5% gefallen ist, war für Wall Street eine böse Überraschung. „Wir sollten daher Kohl und Kapital dankbar sein, daß bei uns der Arbeitsplatzabbau rasant fortschreitet, so bleiben wir von einem Börsenkrach verschont.“

was Unruhen an allen internationalen Börsenplätzen nach sich zog. Der Grund: die an diesem Tag vorgelegten Daten zum US-Arbeitsmarkt waren besser als erwartet, und wirkten deshalb wie ein Schock. erklärte das Handelsblatt. Denn eine Belebung der Konjunktur komme zum Anzeichen von Preisen und Zinsen führen. Steigende Zinsen machen Anlagen in Aktien unattraktiver.

„Daß im Februar mehr als 700.000 neue Stellen geschaffen worden sind - mehr als doppelt so viele wie erwartet - und die US-Arbeitslosenquote deshalb von 5,8% auf 5,5% gefallen ist, war für Wall Street eine böse Überraschung.“ Wir sollten daher Kohl und Kapital dankbar sein, daß bei uns der Arbeitsplatzabbau rasant fortschreitet, so bleiben wir von einem Börsenkrach verschont.“



# VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 179 April 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

**Inhalt**

Bauindustrie .....	S. 4
Betriebsbesetzungen ....	S. 5
Bündnis für Arbeit .....	S. 5
Studentenprotest .....	S. 9
Unterdrückung von KurdInnen .....	S. 2



## Industrieller Kahlschlag in Berlin geht weiter

# Kampf um jeden Arbeitsplatz

# Arbeitsplätze - jetzt!

Seit der Vereinigung sind in Berlin 180.000 industrielle Arbeitsplätze vernichtet worden. Und es droht noch weitere Arbeitsplatzabbau: AEG-TRO 500, Siemens 1200, Werner und Niles 500, EAW 300, DeTeWe 400, ABB 700, Aufzugsfirma OTIS 500, öffentlicher Dienst 22.000, Berliner Baubetriebe 10.000 ...

**Jörg Wuttke, Berlin (ehemaliger Elektroingenieur bei AEG TRO)**

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren! Mit diesem Zitat von Bertold Brecht mobilisierte Ende Februar der Betriebsrat von AEG-TRO für eine öffentliche Belegschaftsversammlung vor den Toren des von der Betriebschließung bedrohten Transformator- und Schaltgerätewerkes TRO-AEG.

1993 wurde dieses Ostberliner Werk privatisiert und an AEG übergeben. Nur 1000 von den ehemals 3600 KollegInnen wurden übernommen. Ein schmerzlicher Schnitt, aber viele KollegInnen waren damals der Meinung, daß diese 1000 verbliebenen Arbeitsplätze relativ sicher wären. Irrtum! Bis heute wurden die Belegschaft nochmal auf 500 reduziert. Und nun soll das Werk noch in diesem Jahr geschlossen werden.

Die Maximallösung des TRO-Betriebs wäre ein schlankees Trafowerk - das ebenfalls in Konkurrenz zu AEG-Schorch in Mönchengladbach stünde" (Junge Welt vom 28.02.96). Diese „Maximallösung“, mit der ein weiterer Arbeitsplatzabbau hingenommen wurde, soll durch Verhandlungen mit dem Berliner Senat und dem Daimler-Benz-Vorstand erreicht werden.

Aber weder dem Berliner Senat noch dem Vorstand von Daimler-Benz können wir trauen. Der Berliner Senat ist der Arbeitsplatzvernichter Nr. 1 in Berlin und will bis 1999 alleine 22.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichten. Daimler-Benz ist industrieller Arbeitsplatzvernichter Nr. 1 in Deutschland und will 1996 nochmal 25 000 Industriearbeitsplätze abbauen.

Die Erfahrung, daß Abwarten und Hoffen auf Lösungen der Politiker des Berliner Senats nichts bringt, konnte der ehemalige Betriebsrat Hans Peter Hartmann des Ostberliner Akku-Werkes Belfa machen. Ein Drittel der Belfa-Belegschaft wurde 1993 gefeuert. Der Berliner Senat versprach den KollegInnen, sie nach ihrer Entlassung wieder in neuen Aufnahmefanggesellschaften einzustellen. Ein Versprechen, das sich kurze Zeit danach als eine plumpe Lüge entpuppte.

Nur ein Arbeitskampf um den Erhalt aller TRO-Arbeitsplätze - jetzt! - kann den Betrieb retten. Ein weiteres ratenloses Abwarten schafft vollendete Tatsachen für AEG-TRO, aber auch für die anderen vom Arbeitsplatzverlust bedrohten Elektro- und Metallbetriebe in Berlin und anderswo.

### Mangelnde Nachfrage?

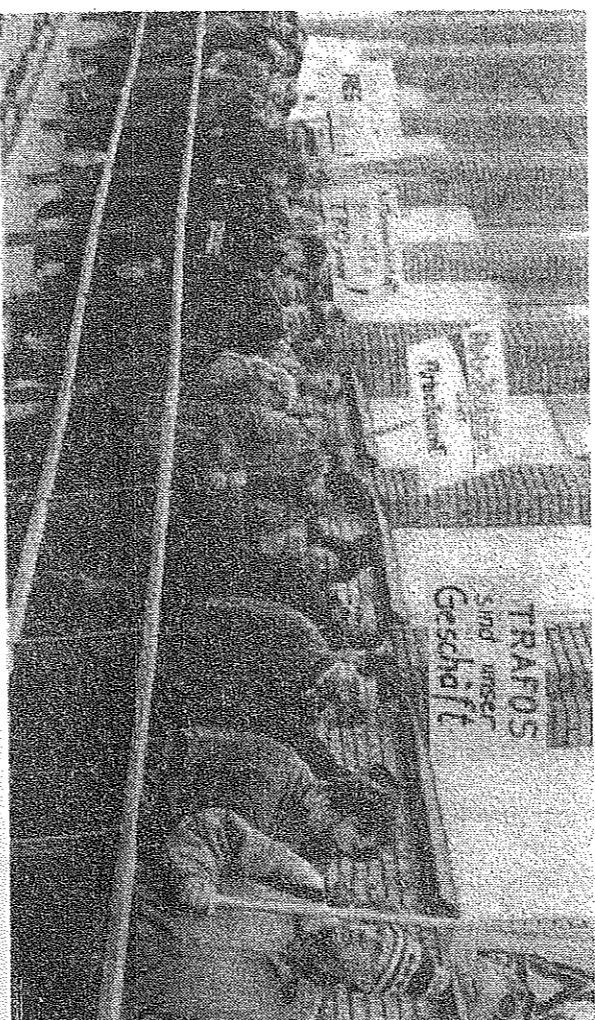
Fast alle Berliner Firmen der Metall- und Elektrobranche sind mit den gleichen Problemen wie AEG-TRO konfrontiert. Überkapazitäten und mangelnde Nachfrage sind die Argumente der Unternehmer für Betriebschließungen und Entlassungen. Berlin ist ein traditioneller Industriestandort, an dem hauptsächlich Kraftwerks-, Energie und Automatisierungstechnik hergestellt wird. Um eine zwingend notwendige ökologische Wende in der Energieerzeugung und -verteilung durchzusetzen, werden neue umweltchonende Energieanlagen benötigt. Dafür könnte die Berliner Elektro- und Metallindustrie eine Schlüsselrolle spielen.

Der Profit und nicht der gesellschaftliche Bedarf interessiert die Bosse von Banken und Unternehmen. Deshalb werden derzeit dutzende Berliner Elektro- und Metallbetriebe plattgemacht, technisches Know-how wird abgezogen oder vernichtet. Notwendig wäre ein Wirtschaftsprogramm für Vollbeschäftigung und ein Investitionsprogramm für die Schlüsselbereiche Energie und Umwelt.

Geld dafür wäre genügend da. Der Siemens-Konzern, Berlins größter industrieller Arbeitgeber, hat 22 Milliarden DM auf der hohen Kante, die nur als

rein spekulatives Anlagevermögen genutzt werden. Allein in Berlin zockten die Banken jährlich 5,5 Milliarden an Zinsen ab.

Eine gesellschaftliche Nutzung des gewaltigen Kapitals, das sich heute in den Händen weniger befindet, ist unter jetzigen Bedingungen nicht möglich. Nur eine Enteignung von Banken und Konzernen und Überführung in staatliche Unternehmen, unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten, Gewerkschaften und Staat, kann den Weg für ein demokratisches Wirtschaftssystem ebnen. Ein Wirtschaftssystem, das in der Lage ist, jedem einen vernünftigen Job zu geben.



## Soli-Komitee für den Erhalt von AEG-TRO

Die SAV ist in Treptow/Köpenick seit einigen Wochen gegen die Schließung des Ostberliner Trafowerks und Schaltgerätewerkes AEG-TRO aktiv. Gegen die Schließung des Werkes und für einen offensiven Arbeitskampf von IG-Metall und Betriebsräten in ganz Berlin wurden hunderte Unterschriften gesammelt. Beschäftigte von TRO berichteten an unseren Infoischen im Stadtteil, daß derzeit tagaus tagein Sonderschichten und Überstunden gefahren werden, um den Betrieb bis September abzuwickeln. Die meisten Ingenieure sind bereits gegangen - worden. Abteilungsleiter und Geschäftsleitung lassen sich kaum noch blicken. Die KollegInnen stimmen zu: die Unternehmer unternehmen nichts.

Mehrere Transparente, angebracht am Werk, signalisieren die Bereitschaft der KollegInnen, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Mit Empörung wurde der Schließungsbeschluß auch von AnwohnernInnen zu Kenntnis genommen. Viele zeigten sich solidarisch mit den KollegInnen. „Jetzt reicht es! Wir können keinen weiteren Arbeitsplatzabbau in unseren Kiez zulassen.“ schimpfte eine spendende Mutter von drei Kindern und SAV-Stadteilgruppe.

Wir entschlossen uns daher, die Initiative zur Gründung eines Soli-Komitees zu ergreifen. Mit einem breiten Unter-

stützerkreis von Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertretern Berliner Betriebe, PDS-Vertretern, AnwohnerInnen und vielen anderen gründete sich am 19. 3. 96 das „Soli-Komitee TRO Oberschöneweide“.

**Treffpunkt:  
Initiative TRO - Schöneweide  
jeden Donnerstag, 17 Uhr,  
im BIZO,  
Wilhelmshofstr. 42**

Jörg Wuttke, Ex-„TROjaner“ und SAV-Vorsitzender von Treptow brachte das Anliegen der Initiatoren auf den Punkt: „AEG gehört Daimler Benz. Daimler Benz gehört der Deutschen Bank. Das Interesse der TROjaner ist nicht das Interesse der Bosse und Banken. Das Interesse der TROjaner ist das Interesse der Nachbarn und KollegInnen in Treptow und Köpenick.“

Wolfgang Boetger, Betriebsrat von AEG TRO, wies auf das Betriebsverfallsgesetz und den beschränkten Handlungsspielraum von Betriebsräten hin und meinte, daß Aktionen jetzt schädlich sein könnten. Andere Teilnehmer sprachen sich gegen allzugroße Zurückhaltung aus.

Frau Bisky von der PDS erklärte energisch: „Betriebräte schreiben bringt nichts. Der ganze Stadtteil muß mobilisiert werden. Bremerhaven hat es vorge-macht.“ Sie schlug vor, einen Aktionstag im Stadtteil durchzuführen. Dies würde auch nach Diskussion ohne Gegenstimme angenommen. Wir wollen dafür sorgen, daß in möglichst vielen Fenstern und Schaufenstern des Stadtteils das Plakat „TRO muß leben“ hängt.

Mit diesem Soli-Komitee sollen alle Aktionen der KollegInnen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze unterstützt und die Bevölkerung im Stadtteil mobilisiert werden; es soll Druck auf Parteien und Organisationen gemacht und der Kontakt zu anderen betroffenen Betrieben hergestellt werden. Am Tag der Gründung des Komitees waren mittags zweihundert „TROjaner“ zu einem kurzen Protestzug im Stadtteil aus dem Werk gekommen. Die IGM-Stadteilgruppe tagte und beschloß, das Soli-Komitee zu unterstützen. Dies kann aber nur ein Anfang sein. Die über 30 Gründungsmitglieder des Soli-Komitees waren sich im Klaren, daß Soli-Komitees nicht Betriebsräte-, Vertrauensleute- und Gewerkschaftstrukturen ersetzen können, über die jetzt ein entschlossener Kampf gegen einen weiteren Arbeitsplatzabbau Berlin- und bundesweit organisiert werden muß.

**Aron Amm, SAV Berlin**